

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. März 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Häuser-, Verhäuße- und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Stille: Bekannmachung betresss Aberstundenstatistik. — Stagnation und Reaktion (I. Fortsetzung). — Abt Kollegialität! — Auf der Jagd nach Konditionen.

Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Deutsche Schweiz. — Italien. — Großbritannien. — Brasilien.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Der deutsche Arbeiterschutzbund im Jahre 1912, II.

Korrespondenzen: Berlin. — Gießen. — Elberfeld. — Frankfurt a. M. — Osnabrück. — Pilschappel-Deuten. — Ravensburg. — Selbst. — Wapel. — Wapel (M.-G.). — Zittau (M.-M.).

Rundschau: Zu Rehbülers „Bermächtnis“. — Anmeldestermin zur Gehilfenprüfung in München. — Meisterprüfungen. — Reichsdruckerei und Reichstag. — Metalleure sind keine Werkmeister. — Schwere Brandkatastrophe. — Metallgeld statt Papiergeld bei der Lohnzahlung. — Unberechtigte Schadenersatzforderung wegen Arbeitsunterbrechung. — Neuer Arbeitskonflikt? — Konzentration der Unternehmerorganisationen im Auslande.

### Bekannmachung.

Lauf Beschluß der Generalversammlung in Danzig ist eine das ganze Jahr umfassende

### Aberstundenstatistik

aufzunehmen. Als erste Woche für die Aufnahme der Statistik kommt die Woche vom **6. bis 11. April 1914** in Betracht. Wir bitten die Druckereivertrauensleute und Funktionäre, die auf dem Fragebogen (Formular A) gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten und die auf diesem und den übrigen Formularen angegebenen Bestimmungen strikte zu befolgen.

Um Irrtümer zu vermeiden, diene Nachstehendes zur Erläuterung. Formular A ist allwöchentlich vom Druckereivertrauensmann auszufüllen, auch dann, wenn keine Aberstunden in dem Betriebe zu verzeichnen sind, und bis spätestens am Mittwoch der nächsten Woche an den mit der Zusammenstellung des Materials betrauten Funktionär einzusenden. Nach Eingang des Formulars A haben die damit beauftragten Funktionäre die auf diesem angegebenen Ziffern in das Formular B zu übertragen und zu addieren. Außerdem ist am Fuße des Formulars anzugeben, wieviel Kollegen am Anfange der Woche arbeitslos gemeldet waren. In der gleichfalls am Fuße des Formulars B befindlichen Rubrik: „Nicht berichtet haben“, ist die Zahl der Firmen usw. einzutragen, deren Vertrauensleute zur Berichterstattung verpflichtet sind, die Einsendung eines Fragebogens in der betreffenden Woche aber unterlassen haben, während in der Rubrik: „Von der Statistik wurden nicht erfaßt“, die Zahl der Betriebe usw. aufzuführen ist, die vom Gauvorstande laut Beschluß der Gauvorsteherkonferenz als für die Statistik nicht in Betracht kommend bezeichnet werden. Alle übrigen Firmen, aus denen Fragebogen eingelangt werden, selbst wenn keine Aberstunden gemacht wurden, sind in das Formular B einzutragen und dieses mit dem Fragebogen (Formular A) wöchentlich an die Gauverwaltung einzusenden.

Bezüglich der Berichterstattung der Gauvorstände an die Hauptverwaltung verweisen wir auf die Bestimmung am Fuße des Formulars C.

### Der Vorstandsvorstand.

### □ □ Stagnation und Reaktion \* □ □

Die „Erhaltung der bewährten Wirtschaftspolitik“, worunter die ungeschwächte Fortführung des großagrarischen und schwerindustriellen Hochschußsystems mit seinen volksbedrückenden Wirkungen zu verstehen ist, kann als ein Ergebnis der Parlamentsdebatten der jüngsten Zeit betrachtet werden.

Das Bekenntnis zu dieser recht fragwürdigen Notwendigkeit verstand sich eo ipso von dem alljährlichen vergnüglichen und lebensfreudigen Treiben der armen, Strohdächer stückenden Agrarier in Berlin. Es ist in Nr. 25 unter der volkswirtschaftlichen Rubrik ja schon ausgeführt worden, daß die geborene Bescheidenheit der Großgrundbesitzer vom Neuabschluss der Handelsverträge nicht nur eine Erhöhung der ihnen zufallenden Beute, sondern zu deren Sicherstellung auch eine Beschränkung der Reichsrente des Reichstags erwartet. Diese Leute, die es so gut verstehen, zu „schreien, daß es bis zu den Stufen des Thrones schallt“, die aber bei etwaigem Widerstreben der Regierung gar nicht sackeln und droben, „unter die Sozialdemokraten zu gehen“, wären jedoch ein ohnmächtiges Häuflein, wenn sie in ihrem ganz offenkundig volksfeindlichen Streben nicht so reichliche Unterstützung finden würden.

Das vielgenannte „Kartell der schaffenden Stände“ Leipziger Ursprungs ist zwar ein ziemlich lendenlamer Gaul geworden, aber man darf die diesem Kartell innewohnende Tendenz nicht deshalb unterschätzen, weil von ihm noch keine auffälligen Lebenszeichen ausgegangen sind. Es ist bekannlich unter den deutschen industriellen Verbänden jetzt eine Krise ausgebrochen, die höchstwahrscheinlich in einer weitern Kräftigung des Zentralverbandes deutscher Industrieller auslaufen wird. Geht die Entwicklung so fort in der Richtung des Zentralverbandes, dann hat die industrielle Scharmacherei erheblichen Gewinn davon, aber auch das agrarische Scharmachertum. Das bewußte Leipziger Kartell kann also schon noch Respekt werfen.

Man möchte es deshalb unsäbbar nennen, daß ein leibhaftiger Arbeitervertreter, den nur offiziell die Wirtschaftliche Vereinigung in den Reichstag gelangt hat, nämlich der nicht allzu vorteilhaft bekannte Franz Behrens, in den letzten Tagen des Januar im Reichstag erklären konnte: Die christlich-nationalen Arbeiter stehen auf dem Standpunkte der geltenden Wirtschaftspolitik! Wenn bis 1917 die Arbeiterfreundlichkeit dieser Arbeitervertreter so weiter schreitet, dann werden sie sich wohl vor den Zolltarif mit dem ebenso entschiedenen Warnrufe: „Hand vom Sack, 's ist Haber drin!“ stellen, wie es vor einigen Wochen der ulkige Januschauer zum Schutze des preußischen Wahlrechts getan. Ein Arbeitervertreter anderer Couleur, nämlich Hermann Molkenhuf, vertrat in der gleichen Sitzung die im Gegensatz zu Behrens ohne weiteres einleuchtende Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters mit der Größe seines Beesteaks wachse; für welch vernünftigen Ausspruch er einem englischen Fabrikanten die Autorschaft zuschieben konnte. Das Beesteak des deutschen Arbeiters ist aber nicht nur nicht im Wachsen

\* Diese sozial- und wirtschaftspolitischen Betrachtungen beabsichtigen wir in kürzerer Auseinandersetzung zu bringen. Aber die „Berühmte“ warfen unsre Pläne über den Haufen. Da es sich um lebensfähige, in sich abgeschlossene Kapitel handelt, macht es auch nichts aus, wenn der Abschluß erst in einigen Nummern erfolgt. Red.

begriffen, sondern nimmt die ja nicht zu verwundernde Gewohnheit an, zu verschwinden. Spricht es denn nicht Bände, daß nach zweifeltreier amtlicher Feststellung das sich rapid vergrößere Leipzig während 1913 trotz eines geradezu ungeheuren Fremdenzuflutms (Deutsches Turnfest, Reichsfeuerwehrtag, mehrere hundert Kongresse, Völkerichlachdenkmalaweibe, Internationale Baufachausstellung von Anfang Mai bis Ende Oktober) einen geringeren Fleischkonsum hatte als 1912? Das Leipziger Dokument der nicht nur auf die Arbeiterbevölkerung sich mehr allein beschränkenden Unterernährung ist gewiß sehr gravierend. Im Grunde genommen aber schaut es allenthalben so aus.

Wenn Staatssekretär Delbrück im Reichstage (20. Januar) in Schönfärberei über unsre Wirtschaftspolitik machte und das scharfe Schutzollsystem Deutschlands als gar nicht so bedenklich hinzustellen beliebte, sintemalen nach Calwer die Steigerung der Löhne größer gewesen wäre als die der Nahrungsmittelpreise, wofür er auch eine Lüberung der „Solzarbeiterzeitung“ anzog und dann, um seine Beweisführung für die Vortrefflichkeit unsrer Zustände mit einem ganz sichern Schlusse zu krönen, nachdrücklich noch erklärte: „Nicht an letzter Stelle bei der Lohnsteigerung stehen die Buchdrucker“, so ist das denn doch ein verkehrtes Beginnen. Nicht, als ob wir die Tassache der Lohnsteigerungen bestreiten, die nun einmal unlegbar ist. Aber diese ausschließlich gewerkschaftlichen Erfolge sprechengerade gegen unsre „bewährte Wirtschaftspolitik“! Es bedarf geradezu ungeheurer Anstrengungen von seiten unsrer Organisationen, das Lebensniveau der Arbeiterklasse von dem starken Anprall der Steuerungsolitik nicht untergraben zu lassen. Was die Gewerkschaften seit Inkrafttreten des Zolltarifs getan haben, dessen schwerwädigende Folgen für die breite Volksmasse einigermake abzuwehren, wiegt schwerer als die Ergebnisse unsrer ganzen Sozialpolitik! Und nun ist man mit aller Kraft dabei, diesen gewerkschaftlichen Widerstand zu brechen, indem unter der falschen Flagge des Arbeitswilligenschutzes eine Koalitionsrechtsverkümmerng herbeigeführt werden soll, die im Effekt einen noch größeren Rebbach der grünen wie der goldenen Wucherfronde bedeuten würde. Auf der einen Seite Konserrierung eines volkschädigenden, abänderungsbedürftigen Systems, auf der andern Unterbindung der Abwehrmittel dagegen — in diesen beiden Gegenüberstellungen haben wir ein Spiegelbild der gegenwärtigen Situation zu erblicken und daran ist zu ermessen, was die Zeit von jedem fordert.

Die alte Zolltarifmehrheit von 1902 wieder zusammenzubringen, ließ der Zentrumsmann Herold schon vor Monatsfrist im Reichstag einen Sammelruf erkönen. Das war deutlich genug. Man wird sich erinnern, daß in den ersten Tagen des Februar der badische Minister des Innern, Bodmann, in dem sich das Gegenstück von dem Verwalter auf diesem Posten in Preußen zeigt, das Anwachsen des Zentrums eine Gefahr für die freiheitliche Entwicklung nannte. Es kam darüber zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen im badischen Landtag und zu nicht minder interessanten Auslassungen in der Presse. Der Streit über den Charakter des Zentrums kümmert uns nicht. Hier kommen nur die Folgen seiner Taten in Betracht, die auf die breiten Volksschichten zurückstrahlen.

Das ist vornehmlich von seiner Wirtschaftspolitik zu sagen, die total im hochschulbällnerischen bzw. agrarischen Fahrwasser segelt. Die dieser Partei nachgelagte Arbeiterfreundlichkeit liegt in dieser Haltung jedenfalls nicht begründet. Der Ausdruck des badischen Ministers von dem durch das Zentrum bzw. durch dessen weiteres Anwachsen drohenden Gefahr einer freizeitlichen Entwicklung hat unsres Erachtens eine größere Berechtigung in dem Sinne, daß genannte Partei für eine der Volksallgemeinheit dienliche Wirtschaftspolitik eine Gefahr ist.

Der fortschrittliche Abgeordnete Gothein hat in der dritten Januarwoche großzügige Kritik an der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs geübt und den Standpunkt der Regierung, wie ihn Staatssekretär Delbrück zuvor dargelegt, in seiner ganzen Unhaltbarkeit dargelegt. Die „bewährte Wirtschaftspolitik“ diene nicht dem Schutze der nationalen Arbeit, sondern dem „Schutze der nationalen Rente“, erklärte er unter Beifall der gesamten Linken. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten werde durch dieses System in jeder Weise unterbunden, auf die denn auch der kleinste Teil von der Ausnahme der Ausfuhr entfallt. Der englischen Fertigindustrie werde die Konkurrenz mit der deutschen recht erheblich erleichtert durch eine wahre Verschleuderung der Halbfabrikate nach England. Die Textil- wie die Papierindustrie hätten ganz besonders zu leiden unter diesen Verhältnissen; was ja zutreffend ist, aber nicht allein von diesen Industriezweigen gilt. Wir wissen es, in wie schlimmen Maße das Steindruckgewerbe in Mitleidenschaft gezogen ist. Daß die Arbeitslosigkeit da eine von den eigentlichen Krisenperioden immer unabhängiger werdende Erscheinung wird, liegt auf der Hand. Solche Zustände sind wohl in erster Linie für die Arbeiter fühlbar, aber auch die Unternehmer spinnen dabei keine Seide, zumal wenn derartige Verhältnisse zu einer dauernden Einrichtung werden sollen wie der Zolltarif bzw. die Hochschulzölle, die man nicht ab-, sondern noch ausbauen will. Wie sehr dagegen für die landwirtschaftlichen Unternehmer von Staats wegen gefordert wird, zeigen die von Gothein ebenfalls angezogenen Einfuhrscheine, womit die Agrarier über den ihnen durch den Zolltarif erwachsenden nicht geringen Vorteil hinaus noch eine sehr annehmbare Ausfuhrprämie bekommen. Der freisinnige Redner erkannte ebenfalls an, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen sei. Aber die von ihm gezogene Parallele eines Minderverbrauchs von Nahrungsmitteln und des unsrer Staatsweilen mehr und mehr mit Sorge erfüllenden Geburtenrückganges liefern dazu einen Kommentar, wie er die gestiegene Lebenshaltung nicht hinfalliger machen kann.

Das Echo dieser Debatten erklang in den Einzelparlamenten je nach der Zusammenlegung schwächer oder kräftiger. Wo das agrarische bzw. konservative Element festen Boden hat, da trifft auch das Verlangen nach einer größeren Kontributionspflicht des Volksganges dem landwirtschaftlichen „schaffenden“ Stande gegenüber unvorbereit auf. Wobei zu beachten ist, daß in diesem Kardinalpunkte die Interessen zwischen Großgrund- und landwirtschaftlichem Kleinbesitz nicht etwa zusammengehen, sondern direkt auseinanderstreben. In den süddeutschen Staaten und Landtagen zeigt sich das am merkbarsten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist agrarisch einfach Trumpf. Wurde es schon bei der Generaldebatte zum landwirtschaftlichen Etat im Januar offenkundig, daß die hochschulbällnerische Mehrheit einen planmäßigen Vorstoß unternimmt, bei der Erneuerung der Handelsverträge noch mehr herauszuschlagen, wetteiferten vor sechs Wochen die Konservativen, Freikonservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen (die in der Prinz-Albrecht-Strasse ihren rechten Flügel sich sammeln lassen) förmlich in dem Verlangen nach höhern Vieh- und Getreidezöllen, so brachte die erste Märzwoche den vollständigsten Beweis, wohin die Fahrt gehen soll. Der „Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen“ wurde beim Etat des Handelsministeriums da trotz der Unzulänglichkeit des preussischen Landtags mit einer Eindringlichkeit gefordert, daß der Minister Eyndow am 4. März mit einer Erklärung des Gesamtministeriums herausrückte. Sie sollte sich zwar mit der vom Staatssekretär Delbrück zu dem

gleichen Kapitel im Reichstag abgegeben werden, ging aber doch darüber hinaus. Wenn auch anerkannt wird, daß weder von einem Abbau der landwirtschaftlichen und der Industriezölle noch von einer allgemeinen Verstärkung des Zollschutzes die Rede sein kann, so heißt es doch im weitern:

Sollte indessen die Frage einer Zolltarifnovelle brennend werden, so sind die Vorarbeiten für diesen Fall bereits so weit gefördert, daß Deutschland rechtzeitig der veränderten Situation entgegensehen kann.

Die hier vorgegebene Eventualität kann nichts anderes besagen, als daß „nötigenfalls“ noch eine Verschärfung des Hochschulzolls eintreten soll: der lückellose Zolltarif, wie ihn der konservative Führer Seydenbrand vor Jahr und Tag schon in die Diskussion warf, gewinnt damit an Bedrohlichkeit. Daß eine noch weitere Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse die Folge sein würde, ist die sich hieraus dann von selbst ergebende Perspektive. Wer die Begehrlichkeit der Agrarier zu dieser aufreizenden Form steigern half, wissen wir bereits. Diese Mitschuld ist schon so groß, daß sie nicht viel gemildert werden kann, wenn es doch nicht so weit kommen sollte.

Vor kurzem ist von Arnold Steinmann-Bucher eine Schrift erschienen, in der das deutsche Volksvermögen auf 397 Milliarden Mark geschätzt und das Gesamteinkommen in Deutschland mit 40 Milliarden Mark angegeben wird. Der Verfasser prophezeit das Anwachsen des deutschen Reichtums in den nächsten Jahrzehnten zu einer ungeheuren Macht. Der Generalpardon zum Wehrbeitrage hat allerdings die Erkenntnis gezeitigt, daß die reichen Leute in Deutschland beträchtlich reicher sind, als man annahm. Das höchst beachtende Ergebnis dieses Generalpardons ist eine so weitverbreitete Steuerdrückbergerei, daß für die betreffenden Kreise die Sache einen ganz fatalen Charakter bekommt. Das von Steinmann-Bucher herausgerechnete Durchschnittsvermögen von 5730 Mk. für jeden Deutschen ist mehr als ein rechnerischer Trugschluß. Die 27 Millionen Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeiter in Deutschland können eine ganz anders lautende Gegenrechnung aufmachen und mit einer andern unlängst erschienenen Schrift auch begründen. Der im Statistischen Amte der Stadt Leipzig tätige Dr. Karl von Tyszka stellt nämlich in seiner Arbeit: „Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert“, fest, daß Deutschland das teuerste Land Europas ist. Wohl seien überall die Lebenskosten gestiegen, am schnellsten aber in Deutschland, wo außerdem die Kaufkraft der Löhne am meisten sank und in Preußen wiederum noch mehr. Auch Gothein konstatiert in seiner bereits erwähnten Reichstagsrede, daß bei uns die Nahrungsmittel viel teurer seien als in England. Das von Tyszka für Deutschland entworfene Zukunftsbild ist recht trübe:

Ein Ende der Teuerung ist bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in Deutschland gar nicht abzusehen. Man wird im Gegenteil damit zu rechnen haben, daß die Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse eine immer größere und schwerere wird, so lange, bis es der Industrie, und zwar zunächst dem wichtigsten Zweige, der Exportindustrie, unter dem Drucke der günstiger arbeitenden Auslandskonkurrenz nicht mehr möglich sein wird, durch fortgesetzte Lohnerschöbungen die Verschlechterung der Lebensbedingungen auszugleichen. Dann freilich wird, unter furchtbaren Arbeitskämpfen, die Nachfrage nach Agrarprodukten allmählich zurückgehen, zunächst infolge Einschränkung des Mehrbedarfs pro Kopf, da dem Emporsteigen der untern Schichten die Verschlechterung des Lebensstandards sehr bald Einhalt gebietet.

Da nun die Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik nach den parlamentarischen Debatten der letzten Monate als feststehend anzusehen ist, der Eigensucht einer kleinen Oberlichter eher noch Verschub geleistet werden soll, so weiß man, wohin wir freiben. Das ist keine Trübsalsblaselei, sondern lediglich ein Erkennen, wie hart die Lebensnot uns noch auf den Nägeln brennen wird.

Die Arbeitererschaft kann sich natürlich nicht auf Gedeih und Verderb einem solchen volksschädigenden Treiben ausantworten. Ihre Gewerkschaften werden weiter alles tun, die Folgen einer so einseitigen Begünstigungspolitik nach Möglichkeit zu mildern. Die furchtbaren Arbeitskämpfe, die Tyszka kommen sieht, werden sich vor allen Dingen in immer schwieriger werdenden Tarifbewegungen äußern, wie wir es schon in den letzten Jahren mehr und mehr

beobachten konnten. Wo aber der Verhandlungsweg nicht mehr zu einem noch annehmbaren Ergebnisse führt, da werden gewaltige Wirtschaftskämpfe mit ungeheuren Opfern ausbrechen. Die „bewährte Wirtschaftspolitik“ hat also auch für die Arbeitergegar nicht ernste Folgen, was dem Unternehmer gar nicht deutlich genug gesagt werden kann. Nicht die „Begehrlichkeit“ der Arbeitermassen, sondern den geradezu volksverworfenden Egoismus des großagrarischen und großindustriellen Protektionismus, genährt von der Regierung und — gelinde gesagt — ganz kurzlichigen „Volksvertretern“, soll man dafür verantwortlich machen. Die „Zeitschrift“ hat sich vor etwa zwei Jahren einmal so ähnlich ausgesprochen. Also auch unsre Prinzipale kennen den Ursprung dieses Übels.

\*

Der Standpunkt der Arbeiterschaft in dieser Lebensfrage dieser leider wieder ein Bild der Zersplitterung. Doch ist sie weniger groß als beim gewohnten Streit um die Organisationsrichtung.

Vor zwölf Jahren, als der Streit um den Wucherzoll tobte, war darob eine Rebellion im christlichen Arbeiterlager ausgebrochen. Der christliche Metallarbeiterverband stellte sich sogar eine Zeitlang abseits und unter dem Kampfrufe: Sie Giesberts — die Wieber! schlug man sich gegenseitig die Köpfe ein. Die Zolltarifgegner unterlagen jedoch. Es war das eine schwere Belastungsprobe für die christlichen Gewerkschaften, die wohl vorgeben, nicht Partei-, sondern nur Arbeiterpolitik zu treiben, die aber trotzdem die Zentrumspolitik durch dick und dünn verpackten. Im Jahre 1909 bei der Reichsfinanzreform ist das wieder eskalant geworden. Daß das Zentrum mit seiner Sozialpolitik in bessern Bahnen wandelt, ist für den großen Anfang, den diese Partei durch die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterschaft besitzt, doch keine Entschuldigung, eine extrem reaktionäre Wirtschaftspolitik mitzumachen!

Heute solche gelunde Aufwallung des Arbeiterempfindens bei den Christlichen —? Heute legt eifertig einer ihrer Wortführer (Franz Behrens) im Reichstags das Bekenntnis zur „bewährten Wirtschaftspolitik“ für die christlich-nationalen Arbeiter ab! Im bayrischen Landtage dagegen erklärte ein liberaler Abgeordneter, er müsse ein dickes Fragezeichen hinter den Ausdruck von der „bewährten“ Wirtschaftspolitik machen. Er stimmte daher in einer landwirtschaftlichen Angelegenheit mit der sozialdemokratischen Fraktion. Das war kein Arbeitervertreter!

Wenn die durch den Zolltarif hervorgerufene enorme Teuerung bei 300000 Arbeitern gar keine Spuren hinterläßt, obwohl sie und ihre Familien am eignen Leibe für diese zugunsten ganz anderer Kreise betriebene Interessenpolitik hart gestraft werden, dann hört schon alles auf. Christliche Gewerkschaftsbücher — der „Typ.“ fehlte selbstverständlich nicht in diesem Reigen — haben ja selbst die unbedingte Fleischsteuerung mit dem wegwerfenden Worte „Fleischnotrummel“ abzutun sich angelegen sein lassen.

Was ist denn das für eine Logik, gegen das Kartell der schaffenden Stände zu wettern, wie es christliche Gewerkschaftsführer getan — in neuerer Zeit allerdings nicht mehr — und im wesentlichsten Programmpunkte dieser Freibeuter doch in deren Schlepptau zu hängen? Was ist denn erreicht, wenn gegen die von diesem reaktionären Dreihunde betriebene Arbeitswilligenglorifizierung mit dem obligaten Ausnahmegelehrverlangen oder gegen die von dieser Seite bezweckte sozialpolitische Erstarrung starke Töne angeschlagen werden, in betreff der „bewährten Wirtschaftspolitik“ aber kräftig in ihr Horn geblasen wird?

Ein so eklatanter Widerspruch erregt bei dem Gros der Arbeiterschaft einfach Spott, die also „Bekämpften“ aber können nur Hohn empfinden für eine Arbeiterkategorie, die sich so sicher die eignen Messer zu wählen weiß. Die christlichen Gewerkschaften sind also nicht allein wegen ihrer konfessionellen Abstammung, sondern auch mit ihrer vom Arbeiterstandpunkt aus ganz unbegreiflichen wirtschaftspolitischen Tendenz in die Sackgasse eines recht gefährlichen Dualismus geraten. Sie müssen an dieser Zwei- und Mehrseelentheorie doch einmal scheitern!



Die Strich-Dunklerche Richtung ist in dieser Beziehung vor Zerfahrenheit bewahrt. Man mag über sie denken, wie man will: sie schlägt sich nicht selbst ins Gesicht. Die Gelben sind nur der Unternehmener wegen da. Einen eignen Willen zu haben, verbietet ihre Grundlosigkeit; sie unterordnen sich eben allem, was man von ihnen verlangt. Sie scheiden also hier aus.

Die freien Gewerkschaften aber haben über ihren Standpunkt noch nie einen Zweifel befallen. Sie wollen das Gute und nehmen es, wo sie es erhalten können. Das Parteieliktheit tut es bei ihnen nicht, wie verschiedenlich schon bewiesen. Wenn die von ihnen für notwendig erachteten wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernisse mit den Forderungen der Sozialdemokratie konform gehen, so können sie nicht etwas davon ablassen, weil diejenigen Kreise, die nichts für die Arbeiter tun, meist aber viel gegen sie unternehmen möchten, deshalb ihnen den sozialdemokratischen Parteistempel ausdrücken. Mit diesem Philisterchreck ist es nichts mehr. Auch nicht, wenn die Reaktion ihr Treiben zu einer gewissen Gefährlichkeit gesteigert hat wie gegenwärtig. Denn Schwierigkeiten und Gefahren dürfen uns nicht schrecken, sondern wir haben zu tun, was mit allen zulässigen Mitteln dagegen unternommen werden kann. Mögen die christlichen Gewerkschaften sich also als Almosen gebrauchen lassen — wir ändern sind der Hammer!

□ □ □ **Über Kollegialität!** □ □ □

Das Wort Kollege bedeutet so viel wie: Freund, Arbeitsgenosse, Mitkämpfer für bessere Arbeitsbedingungen. Wie sieht es aber manchmal mit diesen Eigenschaften aus? Wird wirklich immer Kollegialität geübt?

Ich habe als älterer Seher in letzter Zeit öfters Konditionswechsel vornehmen müssen. Raum hatte ich eine Ausschulshondition vielleicht vierzehn Tage oder drei Wochen inne und war einigermaßen eingearbeitet, so wurde ich auf das Kontor gerufen und der Faktor verkündete mir bedauernder Miene: „Leider muß ich Sie wegen Arbeitsmangel entlassen!“ (Obwohl er beim Arbeitsantritt die Versicherung gab, daß die Kondition längere Zeit dauern werde.) Wie es da einem verheirateten Kollegen zu Mute ist, das kann sich wohl ein jeder denken. Davon soll aber nicht die Rede sein, sondern von dem Verhältnisse der Kollegen, speziell der jüngeren, zu einem solchen Pechvogel. Der betroffene Kollege wird nämlich leider zu seinem Bedauern gewahrt, daß dieser oder jener junge Kollege zu seiner plötzlichen Entlassung mit beigetragen hat. Wenn man dem eigentlichen Warum auf den Grund geht, so kommt man zu der Ansicht, daß mancher der jüngeren Kollegen den „alten Kerl“ nicht leiden kann; er hat irgend etwas gegen ihn. Vielleicht hat der Ältere ihm wegen einer Angehörigkeit einmal eine Zurechtweisung erteilt. Kollegialität ist das jedoch auf keinen Fall!

Wir haben alle Ursache, jede persönliche Reibung so wohl in der Seherie wie in der Druckerei zu vermeiden. Meistenteils steht man solchen „linken Schiebungen“ wehrlos gegenüber. Man ist ja auch nur zur Ausschilfe da! Ob der betroffene Kollege verheiratet ist, eine Familie ernähren muß und mit Sorgen zu kämpfen hat, darüber wird nicht nachgedacht; man läßt sich keine grauen Haare darüber wachsen. Die jüngeren Kollegen kommen aber doch später auch in die Lage, einen eignen Hausstand zu gründen. Sie würden es dann recht unliebbar empfinden, wenn sie so behandelt würden. Solche Fälle müßten in den Versammlungen zur Sprache gebracht werden, da dadurch die Kollegialität nicht gefördert, sondern untergraben wird. Also mehr Rücksicht auf die älteren verheirateten Kollegen!

Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß das Verlangen der Prinzipale nach Ausschulshreuten sich in den letzten Jahren zu einer wahren Salamität entwickelt hat. Einem ältern Kollegen ist es heutzutage fast unmöglich, feste Kondition zu erhalten. Ihre Verhältnisse werden jedoch durch das eine wie das andre nur verschlechtert. Deswegen muß alles unternommen werden, was zu bessern Zuständen führen kann. Wahre Kollegialität zu üben und in Versammlungen dabingehend zu wirken, ist das eine und jedenfalls nicht das schlechteste hier anzuwendende Mittel. E. G.

Anmerkung der Redaktion: Der Artikelschreiber hat nach uns gewordener Mitteilung viel Mahrer gehabt in seinem Leben; er ist einer von den Kollegen, die von einer Ausschulshondition in die andre wandern. Ob er aber die Ursache dafür auf der richtigen Stelle sucht, das erscheint uns doch zweifelhaft. Wir möchten die jüngeren Kollegen nicht ohne weiteres mit einem solchen Vorwurfe belassen. Auch erachten wir es unter den heutigsten Verhältnissen kaum für möglich, daß Geschäftseinstellungen sich von jüngeren Kollegen in dieser Weise beeinflussen lassen. Häufig der Verfasser dieses Artikels jedoch bestimmte Umstände in einer geeigneten Form angeführt, so würden wir den Schuldigen den Standpunkt nachschneidend gründlich klar machen, ohne indes zu veralgemeinern. Wahre Kollegialität zu pflegen, ist ein Mahnruf, der aber auch ohne einen solchen Anlaß Beachtung verdient.

□ **Auf der Jagd nach Kondition** □

Wie schwer es mitunter wird, eine neue Position zu erringen, und welche Kräfte beim Zerfahrenheit von Hoffnungen nötig sind, mußte vor kurzer Zeit ein Kollege auf der Jagd nach der 92. Kondition wahrnehmen.

92 Konditionen! Mancher Kollege, der seit der Lehrzeit ununterbrochen im gleichen Betriebe steht, schüttelt wohl den Kopf ob dieser Tatsache. Doch mögen sich die betreffenden Kollegen beruhigen. Die Sache ist nämlich folgende: Wie es bei den „bäuernden“ Konditionen auf vorgeschobenem Posten oft geht: es kommt in der Fülle der Arbeit (geht es flau, passiert es selten) häufig zu Auseinandersetzungen, die mit Kündigung enden. Der Angestellte wird nie „entlassen“ resp. den Weg der Verfündigung beschreiten, ist die Kündigung offensichtlich zu Unrecht ausgesprochen; es sei denn, dem Gehändigten hat der Daseinskampf den Mut gebrochen, wie es leider genug vorkommt. An besagten Kollegen konnten die Stimmere von 91 Konditionen nichts ausrichten. Es blieb bei der Kündigung: neue „Kunft“ mußte gesucht werden.

Ein Inerat, daneben Offerten an inlierende Firmen. Erfolg: gleich Null. Zweites Inerat: „Erfolg“ dito. Eingehende Probearbeiten zum Teil gar nicht, zum Teil in verwehrlostem Zustande zurück. Drittes Inerat: Doppelt so groß wie in den ersten beiden Fällen. Resultat: das gleiche. Nun stutzig geworden. Aber nochmal heran an „Künftig“, „Buchdruckerwoche“ und „Zeitschrift“. Doch wieder sah sich der auf Jagd nach Künftig Befindliche samt Familie enttäuscht. Woran mag es liegen? Musterarbeiten und Entwürfe hatten doch immer den Beifall der Fachgenossen gefunden; die Zeugnisse, selbst das der betreffenden Firma, tadellos? Das Konzept der eingereichten Offerten enthielt nichts, was schuld sein kann — und doch die ausweichenden Antworten der Firmen? Sollte etwa die Künftig der letzten Firma — — ? Auf solchen Gedanken forscherte er eine befreundete Firma auf, sich über ihn zu erkundigen. Die eingegangene Auskunft lautet:

„Auf Ihre Anfrage von . . . teilen wir Ihnen mit, daß . . . bei uns fast zwei Jahre als Vorsteher der Seherie beschäftigt war. Die Fähigkeiten, den Faktorposten zu bekleiden, befißt er fastlächlich. Nur Mangel an Taht im Verkehre mit seinen Vorgesetzten — den wir im übrigen im Benehmen gegenüber seinen Untergebenen nie vermißt haben — war der Grund zu seiner Entlassung.“

Nach einer solchen Auskunft wird sich wohl jeder Prinzipal hüten, einen Faktorposten mit dem betreffenden Bewerber zu besetzen. Bezeichnend ist der Umstand, daß Prinzipal wie Geschäftsführer der Künftig gebenden Firma als stramme Zentrumsmänner es fertigbringen, einem Familienvater 14 Tage vor Weihnachten zu kündigen und dann noch aus dem Hinterhalte die fernere Existenz der betroffenen Familie zu untergraben suchen.

Gibt es da keine Gegenwehr? Die gibt es freilich, wenn man die Beweise in Händen hat. Nun hat der Kollege die Originalauskunft auf Wunsch der betreffenden Firma nach Abschriftnahme zurückgeschickt und trotz Versprechens zur gerichtlichen Austragung der Sache nicht mehr erhalten. Eine Aufforderung an die Firma, den Schadenersatz in Güte zu regeln, blieb unbeantwortet. Und nun? Die Tatsachen: Kündigung zu Weihnachten nach kurzem Wortwechsel (ohne beleidigende Äußerungen), Ausgabe für sieben Anzeigen, Musterverwand, Porto usw. etwa 30 Mk., Verlust von unerfesslichen Entwürfen und Drucksachen, sechs Wochen konditionslos, statt Faktorposten gezwungen, als erster Abhängiger Stellung anzunehmen. Umzugskosten, Defektwerden des Hausstandes — alles Dinge, die dem betroffenen Kollegen wie dem Verbands Kassen verursachen, ohne daß man der schädigenden Firma beikommen kann.

Zwei Tage nach Ausscheiden des Kollegen erhielt jene Firma Ersatz trotz Bekanntheits der Tatsache, wie man seinen Vorgänger behandelt hat. Dieser Kollege, auch auf der Jagd nach Kondition, bis in den lauren Apfel, sich mit dem Gedanken tragend, bald etwas andres zu finden. Nur Künftig, sei sie wie sie sei! Später findet sich vielleicht etwas Besseres.

So wie hier geschildert, wird es manchem Kollegen ergehen. Unser Ausschulstwesen muß umgestaltet werden, sollen nicht Gehilfen und Verband immer wieder die „Wurzen“ sein. Ein Gehilfe, der sich seiner Sauf wehrt, steht schutzlos da beim Stellenwechsel, wenn Künftig über ihn eingeholt wird. Die meisten Prinzipale werden wohl bei Ausschulstwesen verzichten, kleinliche Gefälligkeit zur Unterlage zu nehmen, wie es die hier in Betracht kommende Firma getan, ganz im Gegenhalte zu dem Zeugnisse, das sie dem Entlassenen eingehändigt hat. Der Entlassene hat den Schaden und die Firma geht straffrei aus — beim nächsten „Falle“ wohl genau so handend. Die Funktionäre unseres Verbandes geben meist Künftig nach Schema F aus der Erfahrung heraus, daß schon Mißbrauch mit Ausschulstwesen getrieben worden ist. Aber was schade das, wenn die Künftig der Wahrheit entspricht? \*

Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser dieses Artikels ist mit seinen 92 Konditionen kein Jüngling in todigen Haar mehr, sondern ein Kollege in den sogenannten besten Jahren. Wir sind seinen Angaben selbst nachgegangen und haben sie befißigt gefunden. Wer sich der vorjährigen Einblendungen in der „Zeitschrift“ über das Ausschulstwesen der Gehilfen erinnert, wird wissen, daß die Enttäuschung über unser Ausschulstsystem sehr groß war. Mit den dorbsten Ausdrücken wurde es geäußert, sogar zum Sauf wollte man laufen. Und nun wird hier ein Einblick gegeben in Gepflogenheiten gewisser Firmen, die eine wahre Veremung eines Gehilfen bedeuten. Der Ar-

tikelsschreiber ist aber gewiß nicht der einzige, dem es so ergangen ist. Da kann man wieder sagen: Wir Wilden sind doch bessere Menschen! Natürliche werden wir uns diesen Fall gut merken.

□ **Das Buchgewerbe im Auslande** □

**Österreich.** Wie sich die Aufnahme des neuen Tarifs in dem italienischen Küstengebiet gestaltet, spiegelt sich in einem Artikel des Triester „Risveglio“ wider. Die Überschrift lautet: „Fügen wir uns!“ Mit dem erreichten Resultate ist man nach den acht Jahren der letzten Tarifdauer und bei der mühselhaftesten Saltung der Streikenden während dieser Wochen abfolut nicht zufrieden, obwohl die Arbeitsaufnahme mit 240 gegen 180 Stimmen beschlossen wurde. Vor der Abstimmung soll eine Versammlung stattgefunden haben, die zwar denkwürdig für alle Teilnehmer gewesen sein soll, über deren Verlauf aber das Schweigen das beste ist. Die Redaktion fühlt und rechtfertigt die erregten Gemüter gegen die Vertreter in der Tarifkommission, die sich nicht aller Waffen zu bedienen gewußt hätten, die zu ihrer Verfügung standen und für die Sache nicht so eintreten, wie es nötig gewesen wäre bei dem „Serrn-im-Hause-Standpunkte“ der Prinzipale. Trotzdem erklärt die Redaktion des Verbandsorgans, sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt bleiben zu wollen, insofern dessen will sie sich nicht zum Stimmenträger der allgemeinen Unzufriedenheit machen, vielmehr ihrer Pflicht entsprechend vermittelnd wirken. Dieser sblbliche Entschluß hält sie aber nicht davon ab, den Kollegen in der Tarifkommission sagen zu müssen, daß sie sich wohl ihrer großen Verantwortung bewußt gewesen seien, daß sie aber die Erbitterung der Massen vergeben, die das brutale Verhalten der Prinzipale hervorgebracht hätte. Die von der Redaktion eingegangene Saltung scheint uns weit gefährlicher als eine entschlossene Stellungnahme, gleichgültig nach welcher Seite hin. Allen Feilen wird es eine Redaktion sowieso nicht recht machen können, wogu also das offensichtliche Bestreben, nach keiner Seite anzuecken? In dem Artikel wird dann noch der Freude Ausdruck gegeben über die Standhaftigkeit der Streikenden. Der Artikel schließt: „Für den Moment denken wir daran, daß man nur mit der Disziplin große Schlachten gewinnt, und rufen aus mit Garibaldi: „Fügen wir uns!“

Zur Verhandlung gegen den Streikbrecheragenten Keiling wählte der Berliner „Vorwärts“ nachträglich zu melden, daß Keiling die Ablicht hatte, noch einen andern Buchdrucker zu erschießen, nämlich den Kollegen Gustav Liebig. Dieser besaß eine besondere Virtuosität darin, den Streikbrechertransporten Schwierigkeiten zu machen und die herangekehrten Arbeitswilligen wieder zur Abreise zu bewegen. Unmittelbar nach der Ermordung Solingers erhielt nun Liebig ein anonymes Schreiben, in dem bedauert wurde, daß Keiling nicht Zeit gehabt habe, auch ihn niederzulassen, und das mit dem Satze schloß: „Du sei wachsam wie ein Siehund, eine (Kugel) ist auch für Dich bereit.“ Liebig konnte zufälligerweise sofort feststellen, von wem dieser Drohbrief herrührt. Er hatte sich nämlich einem Unteragenten Keilings gegenüber als Faktor ausgegeben und der Brief war adressiert: „An das Mitglied des Faktorenvereins Emil Liebig“ (in Wahrheit heißt der Kollege Gustav Liebig, er hatte aber den Keilings-Leuten gegenüber sich Emil Liebig genannt). Unter diesen Umständen war es ein leichtes, als Schreiber des Briefes einen gewissen Kurt Osterland in Berlin, einen Angehörigen Keilings, zu ermitteln. Gegen ihn sowie gegen die Arbeitswilligen Paul Markert und Friedrich Koch in Prag ist Anklage wegen gefährlicher Drohung erhoben worden. Offenbar hat Keiling, der einen Streikbrecherleistungs-großbetrieb hatte und zahlreiche Unteragenten beschäftigte, den Plan, einen Zusammenstoß zu provozieren und womöglich Solinger und Liebig zu erschießen, schon mit seinen Helfershelfern beprochen.

„Die Gewerkschaft“, das Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs, widmet in ihrer Nummer vom 3. März dem Prozesse gegen Keiling u. a. folgende nachträgliche Betrachtungen:

Die „zweif Richter aus dem Volke“, welche in letzterem Maß für sorgen haben, daß die Verletzungen des Rechts nach den Vorschriften des Gesetzes geahndet werden, haben den Bodenbacher Mörder Paul Keiling vom Morde freigesprochen. Sie fanden ihn bloß der Übertretung der Notwehr schuldig, insofern dieses „Rechtspruchs“ wurde er zu acht Monaten strengem Arrest verurteilt. Doch selbst zu diesem Schuldprache haben sich die Zeimnerer „Volksrichter“ nur schweren Herzens bekannt; nur die vom Gesetze vorgeschriebenen acht Stimmen für das Schuldig haben sich dafür gefunden; hätte nur einer von diesen acht sich den vier Ehrenmännern angeschlossen, die nicht einmal „überzeugt“ waren, Keiling habe die Notwehr überschritten, so wäre der wegen der schuldigsten Verbrechen und Vergehen in Deutschland liebgelohnt abgefesselte Zuschläuser ganz frei ausgegangen. . . .

**Deutsche Schweiz.** Der Konflikt in der Buchdruckerei Davos A.-G. ist beigelegt, und zwar haben die Gehilfen einen vollständigen Sieg errungen. Am 28. Februar fanden in Davos auf Ansuchen des Verwaltungsrates der Buchdruckerei Verhandlungen statt, um den am 2. März begleitenden Ausstand zu verbänern. Von seiten des Verbandes nahm Sekretär Schlumpf und vom Prinzipalvereine dessen Präsident und Sekretär teil, der Verwaltungsrat war durch zwei Mitglieder vertreten. Die Forderung der Gehilfen: Entlassung des Direktors Sach, drang vollständig durch; er hat nun im Geschäft nichts mehr zu tun und wird bald den Davoser Staub von seinen Pantoffeln schütteln. Sach hat in den

14 Jahren seiner Tätigkeit in Davos schon manchen Kollegen durch seine verrückten technischen Anordnungen (er ist Nichtschmied) zur Verwirrung gebracht und der Vorstand der Sektion Ebur, zu der Davos gehört, hatte fortwährend Anstände zu schärfen. Die Drucker gleich einem Taubenschlag. In fast vollständiger Verarmung hat die Sektion denn auch dem Schiffsunterbändler den Dank ausgesprochen, daß nun endlich Ruhe herrschen ist. So hat einen Schmarzger sein verdientes Schicksal ereilt.

**Italien.** Das italienische Verbandsorgan hat bei seinem Umzuge nach Turin nicht nur sein äußerliches Kleid, sondern auch seine Seele gewechselt. Die neue Redaktion war der Ansicht, daß der Ton des Sprechorgans der Kollegen gehobener, die Tätigkeit klüßner, wirkungsvoller, kampfsfreudiger und vielseitiger sein müßte, denn, so hieß es im Programm, es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn gerade die Buchdrucker, die so vertraut mit der schwarzen Kunst, der Waffe für alle Mächtigen, sich ihrer nicht zu bedienen wüßten. Da neben den journalistischen Anstandsregeln, den besonderen Pflichten — nationale und internationale — eines Gewerkschafts- und Arbeiterblattes die nötige Beachtung geschenkt werden soll, so kann man wünschen, daß man so fortfährt wie in den drei ersten Nummern des Verbandsorgans in der neuen Ara.

Aber nicht nur im Verbandsorgan ist neues Leben erwacht, auch draußen im Lande pulst es und regt sich wie im Frühling, sowohl in Piemonte wie in der Lombardie, an den blauen Euen, der schönen Riviera, bis zum Süden; wie in der Natur, allenfalls ein Streben nach Licht und Sonne! In Alexandria hat man sich aufgerafft und nach achtjährigem Streik ein Minimum von 23 Lire für 1914/15, von 30 Lire für 1915/16 und von 31,50 für 1916 durchgebrochen. Die Anerkennung des Verbands, des Dienstvertrags und des paritätischen Arbeitsnachweises errungen. Dabei werden die Überstunden mit 30—100 Proz. Zuschlag vergütet. Alles in allem ein Resultat aus der Provinz, das sich hören läßt und das der Leistung des Gewerkschaftes und der Solidarität der Kollegen zu danken ist. — Ein ähnliches Resultat konnte durch die Einflücht der Prinzipale in Biella erreicht werden, ohne jeden Streik. Die Zulage beträgt hier sofort 3 Lire und steigt in der fünfjährigen Tarifdauer auf 5 Lire. Es werden zwei Ferietage voll bezahlt und an sechs andern beträgt die Arbeitszeit vier Stunden. — Zum Siegen in Cuneo hätte es des eifrigsten Streiks nicht bedurft, wenn ein früherer Revolutionär, jetzt Druckerleiter, sich nicht zu sehr in einer unruhigen Rolle gefallen hätte. Auch hier wurde eine faßliche Zulage u. a. errungen. — Trotz der vorzüglichen Organisationsverhältnisse — 100 Proz. organisierte Buchdrucker! — ließ die Tarifkommission in Monza kein Mittel unverzogen, um den Frieden zu erhalten. Auch als die Prinzipale ein Gegenprojekt des Tarifs einreichten, in dem sämtliche Verbesserungen gestrichen, verlor man die überlegene Ruhe nicht. Die Taktik bei dieser Bewegung war eben von den Lehren und den Erfahrungen des letzten Streiks der nahen Mailänder Sektion beeinflusst, und zwar in vernünftiger Weise. — Durch die Einführung des ersten Tarifs in Viggiola hat diese Sektion ihre Feuerprobe bestanden, und zwar glänzend. Neben Neunstundentag, 20 Proz. Lohnerhöhung werden neben einer Reihe kirchlicher Ferietage auch der 1. Mai bezahlt! — Einen großen Vorprung hatten die Kollegen in Pesaro durch ihre Unfähigkeit der letzten Jahre einzuholen. Das haben selbst die Prinzipale ein und gewährt 6 Lire Lohnerhöhung die Woche, setzen die Arbeitszeit von 9<sup>h</sup> auf 9 Stunden fest und wollen den Verband von nun an als eine respektable Körperschaft betrachten und den Tarif als ein Gesetz. — Diese Prinzipale könnten ihren Kollegen in Vicenza als Vorbild dienen. Seit dem 1. Januar wird hier gestreikt, und weder dem Vorsitzenden der Handelskammer, noch den Bemühungen des Präseks ist es bis jetzt gelungen, Frieden zu stiften. Der strittige Punkt betrifft die Vollerhöhung. Die Prinzipale schlagen eine faßliche Erhöhung vor, die bis 1918 von 24 Lire auf 27 Lire steigt, während die Gehilfen ihre Forderungen herabsetzen und 27,50 Lire für die zwei ersten und 28,50 Lire für die zwei nächstfolgenden Jahre verlangen. Die Haltung der Streikenden ist gut. — Wegen Arbeitsmangels seitens der Firma Grafelli in Pisa ist deren Personal fast zwei über einen Monat ausständig. Der Friede ist noch nicht in Sicht, trotz der Bemühungen angelegener Persönlichkeiten. — So gut wie verloren ist die Bewegung in Cassaniseffa zu betrachten. Eine Einigung konnte bei der Erneuerung des abgelassenen Tarifs nicht erzielt werden und die Prinzipale kündigten nach und nach, wegen „Arbeitsmangels“ natürlich, den Organisierten, um Platz zu schaffen für willenslose Elemente. Die Opfer wollen eine Korporativedruckerei errichten. — Glücklicher in ihren Bestrebungen waren die Kollegen in Antra und in Borgo San Dalmazzo. — In Modena läuft in Kürze eine lokale Abmachung ab, die vor zwei Jahren getroffen wurde, als beide Teile der Anarchie, die herrschte, milde waren. — Mit dem 28. Februar ist ferner der vierjährige Tarif der Reapier Sektionen abgelaufen. Die neuen Wünsche wurden vom Zentralkomitee als berechtigt anerkannt und sind den Prinzipalen zeitig unterbreitet worden. Nähere Nachrichten über den Ausgang der Bewegung in der größten Sektion des Südens stehen noch aus. — Am diese Revue würdig zu schließen, sei noch des glänzenden Sieges in Verona Erwähnung getan.

Die Turiner Sektion hatte in kurzer Zeit den Verlust von zwei hervorragenden Kollegen zu beklagen; ein verdienstvoller Veteran der schwarzen Kunst, Kollege Giacomo Minola starb im 83. Lebensjahre, nachdem er seit 1858 der Turiner Sektion angehört, und im besten Mannesalter wurde Kollege Biade Gai abberufen, nachdem ihn erst vor wenigen Monaten die Turiner Arbeiter-

schaft unter unbeschreiblichen Jubel in die Kammer gewählt hatte.

Auf das Ausschreiben des Volkens des Verbandssekretärs, früher vom Kollegen Gondolo bekleidet, hat sich kein einziger Bewerber gemeldet, so daß das Zentralkomitee andre Wege zur Erreichung seines Zieles einschlagen wird. Auf ein erstes Ausschreiben hatten sich zwei Kollegen gemeldet, die aber beide den gestellten Bedingungen nicht zu entsprechen vermochten.

Auf dem Arbeitsmarkt im Beruf ist eine langsame Besserung eingetreten. So wurden z. B. Mitte Februar in Neapel nur noch 25, in Turin 15, in Florenz 14 und in Venedig 11 handlungslose Geher gezählt. Leider lassen sehr viele große Sektionen das nötige Interesse für die wöchentliche Arbeitslosenstatistik fehlen.

In Triest hat sich eine Gruppe des Verbandes gebildet, die sich in eine Sektion umwandeln will, sobald die hierzu nötige Mitgliederzahl erreicht ist. Bis jetzt werden bereits 30 Mitglieder verschiedener Nationalitäten gezählt.

**Großbritannien.** Im allgemeinen war das Jahr 1913 für die Buchdruckerwelt nicht ganz so schlecht wie die beiden vorausgehenden Jahre. Man kann sogar von einer Erholung von den Wirkungen des Streiks im Jahre 1911 reden; aber man ist noch weit davon entfernt, die Verhältnisse als gute bezeichnen zu können. Die Zahl der arbeitslosen Nichtverbandsmitglieder ist nicht sehr zurückgegangen, aber die Durchschnittszahl der arbeitslosen organisierten Geher in London beträgt noch immer 800 für jeden Tag im Jahre. Die Zahl war viel höher in den beiden vorausgehenden Jahren. Auch die Berichte aus der Provinz waren nicht ungünstig. Die Beziehungen zwischen Gehilfen und Prinzipalen waren zufriedenstellend, doch Unruhe war überall bemerkbar. Das Streben für Erhöhung des Lohnes und Verringerung der Arbeitsstunden war überall vorhanden. Eine ungewöhnlich große Zahl von Städten war nach dieser Richtung hin erfolgreich, wie im Laufe des Jahres berichtet wurde. Durchschnittlich stieg der Lohn um 2 Schilling, und die Arbeitszeit näherte sich dem Ideale des Achtstundentags etwas mehr. Was man in London mit dem Streik nicht durchsetzen konnte, nämlich die fünfzigstündige Woche, gilt jetzt laut Regierungsbeschluss und infolge Beschlusses des Londoner Grasschleppers als maßgebend, wenn auch nicht aus Liebe zu den Buchdruckern, sondern nur, um nicht bei den Wahlen die Stimmen zu verlieren und gleichzeitig die „Zwecklosigkeit der Arbeiterpartei“ zu beweisen.

**Brasilien.** Der Deutsche Graphische Verband für Brasilien, dessen Gründung im August 1912 erfolgte, hat jetzt seinen ersten Rechenschaftsbericht herausgegeben. Er umfaßt den Zeitraum von nahezu anderthalb Jahren, also bis Ende Dezember 1913. Der Verband ist auf der Grundlage der freien deutschen Gewerkschaften aufgebaut und ist der erste derartige Verband in Südamerika. Sein Wirkungsbereich reicht über ganz Brasilien. Sitz des Verbandes ist die Stadt Sao Paulo. Der Verband bezweckt die kollegiale und gesellschaftliche Vereinigung aller in den graphischen Betrieben tätigen Berufsangehörigen, Belehrung durch Wort und Schrift sowie Förderung und Hebung der sozialen Verhältnisse in diesen Gewerben. Jeder deutschsprechende, dem graphischen Beruf Angehörige sowie jeder in einem graphischen Betriebe beschäftigte Angehörige eines verwandten Berufs kann nach vollendetem 18. Lebensjahre dem Verband als Mitglied beitreten. Er gewährt Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Minderungen und Streiks, Mietszuschuß, Sterbegelder und außerordentliche Unterstützung. Der Rechenschaftsbericht ist recht erfreulich; der Verband hat bereits in allen größeren Orten Brasiliens Mitglieder, wobei beachtet werden muß, daß manche einzelne Staaten Brasiliens größer als Deutschland sind. Er geht mit den in Frage kommenden nationalen Vereinigungen Hand in Hand; mit der argentinischen Bruderorganisation steht er gegenwärtig in Unterhandlung zwecks Abschluß eines Gegenleistungsvertrags. Der Verband ist auch bereits den internationalen Sekretariaten der Lithographen, Stein-drucker und der Buchbinder angeschlossen. Mit dem internationalen Buchdruckersekretariat in Stuttgart ist ein Anschluß trotz unternehmerischer Schritte noch nicht zustande gekommen und der Rechenschaftsbericht läßt es an scharfer Kritik in dieser Beziehung nicht fehlen. Der Verband hat in seiner kurzen Tätigkeit bereits einige erfolgreiche Lohnbewegungen geführt. Vor kurzem wurden Minimallöhne für Lithographen, Stein-drucker, Kartographen, Buchdrucker und für Buchbinder festgelegt. Diese Lohnabreden sollen in Druck herausgegeben und besonders den deutschen Kollegen empfohlen werden, kein Engagement nach Brasilien unter diesen Lohnfüßen anzunehmen, da diese das Minimum für eine Existenz in Brasilien bilden. Die Klassenverhältnisse sind ebenfalls günstig; es wurde schon eine ziemlich Summe für Unterstützung aller Art verausgabt. Alles in allem kann gesagt werden, daß der Verband befreit war, seinen gesteckten Aufgaben in jeder Weise nachzukommen.

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

### Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1912.

II.\*

Die Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten haben 1912 294792 Revisionen ausgeführt (1911: 282756). Die Anzahl der Revisionen war in der Gesamtzahl um 12036

\* Artikel I siehe Nr. 26.

höher als 1911, bei den Bergaufsichtsbeamten jedoch um 410 niedriger. 3746 Revisionen oder 1,3 Proz. fanden in der Nacht und 6750 oder 2,3 Proz. an Sonn- und Festtagen statt. Revidiert wurden 230102 Betriebe (1911: 190140), davon 168201 einmal (1911: 159133), 21347 zweimal (1911: 20829), 10554 drei- und mehrmal (1911: 10175). In den revidierten Betrieben waren 6153791 Arbeiter beschäftigt, davon 4557305 erwachsene männliche, 1145754 erwachsene weibliche Arbeiter, 439189 Jugendliche von 14 bis 16 Jahren und 11256 Kinder unter 14 Jahren. Es liegt gegen 1911 das Prozentverhältnis der revidierten Arbeiter von 83,9 auf 84,6 Proz., also um 0,7 Proz. Anzuerkennen ist, daß die prozentuale Zunahme bei den schutzbedürftigsten Arbeitern, weiblichen, jugendlichen und Kindern, am größten ist. Daß noch sehr schlechte Verhältnisse bestehen, ist daraus zu ersehen, daß von den in Betriebsmühen beschäftigten Arbeitern nur 52,4 Proz. revidiert wurden. Hier war es 1911 noch schlimmer; denn es wurden nur 29,7 Proz. der Kinder revidiert, 1912 dagegen 41,5 Proz. Auch in den Bäckereien und Konditoreien ist das Revisionsverhältnis besser geworden. Sehr schlecht sieht es dagegen noch in den Konfektionsbetrieben und im Malergewerbe aus, wo nur 47,1 Proz. und 43 Proz. der Arbeiter revidiert wurden. Es herrscht eigenförmlich, daß gerade die Betriebe, in denen erfranzösischgemäß die meisten Zuwiderhandlungen vorkommen, prozentual am wenigsten revidiert werden.

Außer den auf Grund der allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung den Aufsichtsbeamten unterstellten Betrieben sind vom Bundesrats für 13 Betriebsarten besondere sanitäre Schutzbestimmungen erlassen worden, deren Überwachung ebenfalls den Gewerbeaufsichtsbeamten obliegt. Hierfür kamen 147655 Betriebe mit 249419 Arbeitern in Betracht (1911: 145508 Betriebe mit 345215 Arbeitern). Revidiert wurden von ihnen nur 28401 Betriebe oder 19,2 Proz. mit 70274 Arbeitern oder 29,1 Proz. 1911 wurden revidiert 26397 Betriebe oder 18,1 Proz. mit 60443 Arbeitern oder 17,5 Proz. Wenn nicht die Arbeiter ganz energisch die Einhaltung der Schutzbestimmungen überwachen, stehen diese nur auf dem Papiere. Von den 147655 Betrieben waren 58105 oder 39,3 Proz. Bäckereien und Konditoreien, 55673 oder 37,3 Proz. Gafs- und Schanmischereien, 24001 oder 16,3 Proz. Maler, Lackierer und Anstreicherwerkstätten sowie 7774 oder 5,3 Proz. Steinbrüche und Steinhauereien. Der Arbeiterschutz nach dem bedeutendsten die Gaf- und Schanmischereien mit 162328 oder 46,5 Proz., die Bäckereien und Konditoreien mit 93480 oder 28,2 Proz., die Maler-, Lackierer- und Anstreicherwerkstätten mit 66208 oder 18,9 Proz. (Wit vermissen bei dieser Aufzählung die Buchdruckerbetriebe, für die doch einschneidend der Schriftgießereien seit 31. Juli 1897 ebenfalls sanitäre Vorschriften bestehen. Red.)

Die Unfalluntersuchungen haben eine erhebliche Zunahme aufzuweisen; sie sind nach und nach von 26346 in 1907 auf 35664 in 1912 gestiegen. Man sieht, daß dieser Teil der Tätigkeit der Aufsichtsbeamten einen immer größeren Umfang annimmt.

Jugendbeschwerden sind 1912 von den Gewerbeaufsichtsbeamten wieder weniger festgestellt worden, ebenso wie dies 1911 der Fall war. Ermittelt wurden 21434 Fälle in 15363 Betrieben oder 9 Proz. der revidierten Betriebe. 1911 waren es 22944 Fälle in 16601 Betrieben oder 10,2 Proz. Dieser ansehnliche Fortschritt verliert ganz wesentlich an Bedeutung bei Betrachtung der vorgekommenen Fälle. Dann ergibt sich, daß nur die Formvergehen (betreffend Arbeitsbücher, Anzeigen, Anschläge usw.) abgenommen von 18136 auf 16508, also um 1628 Fälle. Dagegen liegen die schwereren Vergehen um 118 Fälle oder 2,5 Proz. von 4908 auf 4926. Bestraft wurden nur 2075 Personen. Hierbei zeigt sich immer wieder, daß Übertretungen der Unternehmer viel milder beurteilt werden, als dies bei den Arbeitern der Fall ist. Wenn häufig trotz wiederholter Hinweise der Aufsichtsbeamten immer wieder gelündigt wird und dann erst lächerlich geringe Strafen verhängt werden, so dient das nicht dazu, den Anordnungen der Beamten bei den Unternehmern mehr Respekt abzugewinnen. Manchmal scheint es, als ob die sonstige richterliche Praxis, Vorbestrafte härter zu bestrafen, bei Übertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen eine gegenförmliche Anwendung fände. Meistens werden diese Gesetzesverstöße äußerst milde, und zwar mit geringen Geldstrafen bestraft. Ein Unternehmer, der wochen- und monatelang Jugendliche und Kinder länger als gesetzlich zulässig beschäftigt, hat oft mehr verdient durch die Mißachtung des Gesetzes, als die Strafe ausmacht. Auch die Handhabung der Gesetzesbestimmungen ist in den Landesstellen ganz verschieden. Es gilt wohl überall das gleiche Recht, und doch ist es nicht dasselbe.

Arbeiterinnenbeschwerden wurden 12000 ermittelt, 1911: 14125. Die Zahl ist danach um 2125 geringer. Auch hier sind die meisten Zuwiderhandlungen sogenannte Formvergehen, nämlich 6818. Sie hatten gegen 1911 eine Abnahme von 1302, die andern Vergehen um 823. Ungünstiger ist das Verhältnis in den Gewerben, für die Schutzvorschriften des Bundesrats erlassen sind. Hier nahmen die Verfehlungen um 64 Fälle zu und wurden hiervon 277 Personen betroffen. Man ersieht daraus, wie notwendig es ist, gerade diese Betriebe mehr zu revidieren. Im Jahre 1912 kamen in 5,5 Proz. der revidierten Betriebe Verfehlungen vor; 1911 waren es noch 6,6, 1910: 8,8 Proz. Den höchsten Prozentsatz der Verfehlungen, in denen Vergehen festgestellt wurden, weisen noch immer das Reinigungs- und das Beschleibungsgewerbe mit 17,1 (1911: 19,3) und das Beschleibungsgewerbe mit 16,2 (1911: 18,5) auf, davon in der Kleider- und Wäschekonfektion 18,8 (1911: 20,2). Aus den Befragungen könnte man auf ein schärferes Vergehen schließen, denn während 1911 bei 14125 Vergehen



In 10718 Briefen 1607 Personen bestraft wurden, kamen 1912 auf 12000 Bergehen, das sind 2125 weniger, in 1922 Briefen (1290 weniger) 1094 Bestrafungen, also 87 mehr. Auch bei den Arbeiterinnenstrichvergehen ist milde Bestrafung üblich. Daß diese Milde durchaus nicht am Platz ist, ergibt sich daraus, daß in den Bundesstaaten, wo am wenigsten Bestrafungen vorkamen, gewöhnlich prozentual die meisten Vergehen ermittelt wurden.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** Am Sonntag, 15. März, ist es dem Kollegen August Förster, geboren 1849 in Bielefeld i. Schl., vergönnt, auf eine 50jährige Tätigkeit als Schriftsetzer zurückzublicken. Die Kollegen des „Berliner Tageblattes“ veranstalten aus diesem Anlaß am gleichen Tag einen Festakt in der „Praverei Königstadt“, Schönhauser Allee. Beginn vormittags 10 Uhr.

**Wiesbaden.** Den Kollegen im Saalgau dürfte die Mitteilung nicht ohne Interesse sein, daß unser Senior, der invalide Kollege Gustav Döring, am 14. März sein 80. Lebensjahr vollendet. Nach „der alte Döring“ schon mit seinem Alter eine Ausnahme von der Regel, daß die Buchdrucker erheblich zeitiger „dauernde Kondition“ erhalten, so eine noch größere in familiärer Beziehung. In unserer Zeit des Kammerruhs über den Geburtenrückgang und der sich haltenden Wolken eines kommenden Gebärstreffes erscheint das Glück im Winkel im Hause Döring in Gestalt von — 32 Kindern wie eine Dase inmitten lotanen Verfallens deutscher Sitten. Der „alte Döring“ hat vor langen Jahren in Rheinland-Westfalen (Köln) in schwerster Zeit seinen Mann gefunden, dann verfolgte ihn das Mißgeschick und das besagte andre dazu, so daß er ersichtlicherweise in dürftigen Verhältnissen lebt. Vielesicht erinnert man sich in unserm Gau bei einer so letzten Gelegenheit dieses alten, wackern Kameraden, dem wir noch einen möglichst guten Lebensabend wünschen.

**We. Bezirk Oberfeld.** Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 1. März in Oberfeld statt. Besuch war sie von 170 Kollegen. Einer alten Gepflogenheit gemäß, leitete auch diesmal wieder der Gesangsverein „Gutenberg“ die Versammlung durch einen Begrüßungschor ein. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete Vorsitzender Marzchall dem verstorbenen Kollegen Paul Döpler und dem durch den Streikbrecherartigen Kelling in Wöhmen erschossenen Kollegen Solinger einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Verstorbenen in üblicher Weise. Nach Erledigung des Punktes „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verlossene Jahr. Der Kassenbericht vom vierten Quartale 1913 lag gedruckt vor und wurde genehmigt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der amtierenden Kollegen. Alsdann nahm die Versammlung Stellung zum Gau-tag. Ein Antrag: „Den Gau-tag in Zukunft am Bororte stattfinden zu lassen“, wurde angenommen. Im Anschluß hieran wurden die Kandidaten aufgestellt. Beim Punkte „Geldbewilligung“ lagen mehrere Anträge vor. Nachdem unter „Verschiedenem“ noch eine interne Angelegenheit erörtert worden war, schloß ein Gesangsvortrag des „Gutenberg“ die Versammlung ab.

**Schr. Frankfurt a. D. (Herteljahrsbericht.)** Mit einem Appell an die Mitgliedschaft zur recht regen Mitarbeit im neuen Vereinsjahr eröffnete der Vorsitzende die Januarversammlung. Ein Aufnahmegeruch wurde dem Gauvorstand empfohlen; ferner bewilligte die Versammlung dem hiesigen Maschinenmeistervereine die erbetene Summe von 25 Mk. Ein Bericht des Arbeitsnachweisverwalters, Stinweis, auf die in nächster Zeit stattfindenden Veranstaltungen des Bildungsausschusses und des Stiftungsfest des Ortsvereins bildeten die Hauptpunkte dieser Versammlung. — Unter am 31. Januar im Etablissement „Sausouci“ abgehaltenes Stiftungsfest, zu dem unser Gauvorsteher als Festredner erschienen war, zeugte von einem wirklich guten kollegialen Verhalten. Gelangsvorträge der „Syngraphia“, ein flott gespielter Einakter sowie Solovorträge einiger Kollegen bildeten das Programm. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Drucksachen zum Fest (Entwurf hervorgegangen aus einem Preisanschreiben der Syngraphischen Gesellschaft) in anerkennenswerter Weise von der Firma Trommlich & Sohn zum Papierpreise hergestellt wurden. — In der Februarversammlung machte der Vorsitzende davon Mitteilung, daß der Gauvorstand das Aufnahmegeruch eines sich wieder meldenden Kollegen habe ablehnen müssen, da es dem Kollegen anscheinend wieder nur um eine Schröpfung unserer Kassenrichtungen zu tun sei. Im Laufe der Verhandlung gab der Vorsitzende nach Erledigung der Kassenberichte einen kurzen Hinweis über einen Fall von Streikarbeit am hiesigen Orte, das unkollegiale Verhalten eines Maschinensetzers geübt. Die Versammlung nahm in schärfster Weise Stellung gegen den hiesigen Bezirksvorstand wegen der Mißbrauchsbildung der Irwahlen zum Bezirksvorstand und nahm nachsehende Resolution an: „Die am 14. Februar stattfindende Ortsvereinsversammlung wünscht, daß die Bezirksvorstandswahl sofort vorgenommen wird. Im übrigen stellt diese Ortsvereinsversammlung dem Bezirksvorstand ein Mißtrauensvotum aus, weil das Statut bei der Wahl des Vorstandes ohne weiteres umgangen ist.“ Nach Annahme eines Anschließungsantrags entspann sich eine längere Debatte über eine verschiedene Kollegen betreffende Angelegenheit. — Infolge eines Anschließungsantrags machte sich 14 Tage später die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung notwendig, zu der aber der betreffende Kollege nicht erschienen war. Die Versammlung verlangte die Aufrech-

erhaltung des Anschließungsantrags. Rein lokale Angelegenheiten nahmen den übrigen Teil der Versammlung ein. Hoffen wir von den nächsten Versammlungen etwas Besseres.

**Gießen.** Am 20. März befehlt Kollege Gustav Schreiber, geboren am 16. Mai 1850 zu Magdeburg, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Manchem Kollegen dürfte diese Mitteilung willkommen sein. Die Adresse des Jubilars lautet: Alterweg 44

**Starkruhe.** (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 1. März fand die Bezirksgeneralversammlung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Bezüglich des zu Pfingsten in Leipzig stattfindenden Kongresses sprach man sich dahin aus, zuerst mit den an das Kartell angeschlossenen Vereinen Fühlung zu nehmen, um eine Delegation zu erzielen. Einige Vereine haben ihre Zusage schon gegeben. Von diesem Kongresse wird erwartet, daß er Mittel und Wege finde, damit die Lage der Drucker infolge der technischen Entwicklung nicht verschlechtert werde. Aus dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte war zu entnehmen, daß der Vorstand auch in dem abgelaufenen Vereinsjahre bestrebt war, die Kollegen auf dem Gebiete technischer Durchbildung und Belehrung weiterzuführen; nur würde gewünscht, diesen Bestrebungen mehr Interesse entgegenzubringen. Da in der letzten Zeit die Rotationsmaschine in größerem Maße zur Aufstellung kam, wurde im Winterhalbjahr diese Maschine als Lehrobjekt gewählt. Trotzdem dieser Kursus manche Hindernisse zu überwinden hatte, war es doch möglich, ihn in Angriff zu nehmen. Den theoretischen Teil leitete Kollege Feichtiger, während der praktische Teil vom Kollegen Steinbiber übernommen worden war, wobei ihm Kollege Aufer Beistand leistete. Die Druckerei Ged & Co. („Volkshilfsverein“) hat uns bereitwillig ihre Rotation und Lokalklätten zur Verfügung gestellt. Zum Schluß des Kurses wurden noch verschiedene Besichtigungen vorgenommen. Allen in Frage kommenden Betrieben lief auf diesem Wege unser verbindlicher Dank für ihr entgegenkommen ausgeprochen. Die Kassenverhältnisse waren als gut zu bezeichnen. Der seitherige Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Den Höhepunkt der Versammlung bildete das Referat über „Der Maschinenmeister, seine Pflichten und Aufgaben in heutiger Zeit“ vom Kollegen Böcher (Stuttgart). Der Referent verstand es, in seinen instruktiven Ausführungen den Kollegen manche Wahrheiten darüber zu sagen, wie das Verhalten der Kollegen unter sich an der Arbeitsstätte sein sollte, und andernteils über die Anerkennung des Tarifs an sich und der Druckerbestimmungen im besondern. Es sei ferner notwendig, daß ein jeder danach strebe, ein vollwertiger Gewerkschaftler zu werden, fest zusammenzuhalten und sich jeder Arbeit zu unterziehen, damit man mit Recht sagen könne, wir seien Gewerkschaftler besser Qualität. Der anhaltende Beifall zeige, daß der Referent das Richtige getroffen habe. Hoffen wir, daß aus dem Referat auch die nötige Ausnutzung gezogen wird. Eine Diskussion schloß sich daran nicht. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen. — Abends fand eine gelungene Abschlussfeier im Vereinslokal statt.

**ckh. Köln.** In der am 1. März abgehaltenen Monatsversammlung wies der Vorsitzende zunächst auf einen am 13. März beginnenden Kalkulationskursus hin und empfahl besonders den jüngeren Kollegen, die sich ihnen hier befindende Gelegenheit zur Weiterbildung zunutze zu machen. In kurzen Strichen zeichnete Kollege Mojs dann ein Bild der österreichischen Lohnbewegung und des abgeschlossenen Tarifs. Als besonders typische Erscheinung sei zu erwähnen die Solidarität des gesamten Unternehmertums gegenüber den Buchdruckergehilfen. Im übrigen könne man sich auf den Standpunkt des österreichischen Gehilfenorgans stellen: es hat weder Sieger noch Besiegte gegeben. Das scharfe Vorgehen gegen die Restanten hat das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß alle sechs der Versammlung zum Ausschluß empfohlenen Kollegen ihren Verpflichtungen insoweit nachkamen, daß die Anschließungsanträge zurückgezogen werden konnten. Nimmehr folgte die Besprechung von vier gestellten Anträgen zum Gau-tag. Wider alles Erwarten war die sich an die einzelnen Anträge knüpfende Diskussion so lebhaft und ausgedehnt, daß von einem auf der Tagesordnung stehenden Referat leider Abstand genommen werden mußte. Das Referat wird in der nächsten Versammlung als erster Punkt behandelt werden. Die Aussprache über die Anträge hat folgendes gezeitigt: Eine Änderung des § 6 Abs. 3 wurde abgelehnt. Der in Dortmund gefasste Beschluß betreffend die Kassenrevision durch den Gaukassierer soll dahin geändert werden: „Der Gaukassierer ist berechtigt und verpflichtet, Revisionen vorzunehmen.“ Angenommen wurden die Anträge: „Der Beschluß, wonach der Abonnementpreis des „Korr.“ für die Bezirksvorstände und die Reisekasseverwalter von der Gaukasse übernommen wird, ist aufzuheben“; ferner: „Auf den Stimmgeldern zu den Wahlen zur Generalversammlung des Verbandes ist hinter dem Namen des Kandidaten der Wohnort wegzulassen“. Der Punkt „Tarifliches“ mußte zurückgestellt werden.

**München.** (Maschinenmeisterverein.) Die Jahresgeneralversammlung fand am 28. Februar im „Kolozeum“ statt und hatte sich zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Nach Erledigung der Aufnahmen sowie „Vereinsmitteilungen“ erstattete Vorsitzender Süßner den Vorstandsbericht, hinweisend auf den in den Händen der Mitglieder befindlichen Jahresbericht. Wenn rege Mitarbeit der Kollegen schon bis jetzt am Platze war, so sei das in der gegenwärtigen Zeit in Hinblick auf verschiedene Vorgänge innerhalb unfres Berufs doppelt notwendig, um allen Fährnissen gerüstet gegenüberzutreten. Im Anschluß hieran gab Kollege Reichherzer einige Erläuterungen zum Kassenbericht; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Aus der nun vorgenommenen Neuwahl gingen die alten Vorstands-

personen mit zwei Ausnahmen hervor. Eine ziemlich rege Debatte entspann sich über die Beschäftigung des zu Pfingsten in Leipzig tagenden deutschen Maschinenmeisterkongresses. Dieser Termin wurde von den Mitgliedern des hiesigen Maschinenmeistervereins als sehr ungünstig befunden (u. a. findet um diese Zeit hier das bairische Arbeiterfängerfest statt). Von der Veranlassung eines Sonderzuges wird deshalb abgesehen; doch soll versucht werden, den Teilnehmern eine Ermäßigung des Fahrpreises zu erwirken. Als Delegierten zum Kongress entsandte der Verein den Vorsitzenden. Dafür, daß das „Technische“ nicht zu kurz kam, war reichlich gesorgt. Außer der Rundsendung der Neujahrtsdrucksachen von der Zentralkommission war es möglich, fast alle in Betracht kommenden Kalenderpenden der graphischen Branche, darunter wahre Kleinplastiken graphischer Kunst, auszustellen und durch ein kurzes Referat zu würdigen. An dem vorhandenen Modell wurde eine dem Obermaschinenmeister Tresslich geschützte Erfindung demonstriert. Es handelt sich um eine wesentliche Vereinfachung des Anlegelöffels beim Molarnapparat in Verbindung mit einer ebenso sinnreich wie einfach konstruierten Selbstzieh- und Schiebemarke. Im Gegenfalle zu andern Systemen ist diese Anlegemarke, unbekümmert um den jeweiligen Stand der Maschine, verstellbar. Nachdem noch eine dem gleichen Erfinder geschützte Vorrichtung, deren Zweck ist, das Herausgleitern nicht festgemachter Walzen und dadurch hervorgerufene oft schwere Maschinendefekte zu verhindern, erklärt worden war, schloß der Vorsitzende mit dem Appell an die Anwesenden, die übrigen Kollegen zum Besuche der Vereinsabende anzuerkennen, die Versammlung.

**Osnabrück.** Die am 28. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht ließ erkennen, daß der Vorstand bemüht gewesen ist, die abgehaltenen Versammlungen lehrreich und interessant zu gestalten. Der Bericht des Kassierers wurde ohne Widerspruch genehmigt. Der Bestand der Ortskasse ist ein ziemlich guter. Der Antrag: Entschädigung der Druckereikassierer, soll in einer der nächsten Versammlungen nochmals verhandelt werden. Bei der Vorstandswahl wurde fast der gesamte Vorstand bis auf einen Kollegen wiedergewählt. Eine lebhafte Diskussion rief nach die vom Kollegen Köhl vertriebene Korbhüterische Broschüre hervor. Eine Resolution, die aus der Mitte der Versammlung eingebracht wurde, mußte zurückgestellt werden, weil die meisten Kollegen sich erst von dem Inhalt überzeugen wollten. Auch wurde hervorgehoben, daß man nicht vorgreifen wolle, bevor sich nicht der Hauptvorstand und der „Korr.“ hierzu rechlterfertigend geäußert hätten.

**Wolfsappel-Deuben.** In der Hauptversammlung am 24. Februar wurde Kollege Martin Beckmann an Stelle des abretenden Kollegen Ude zum Vorsitzenden der Mitgliedschaft gewählt. Ab 1. Oktober 1913 trat das Dresdener Minimum für hier in Kraft. Zurzeit konditionieren hier 21 Mitglieder.

**Ravensburg.** In großer Zahl fanden sich die Kollegen von Saulgau, Biberach, Friedrichshafen, Tettnang, Waldsee, Wangen, Buzach, Leutkirch, Isny, Weingarten, Sigmaringen, Mullenborn, Buchau und Niedlingen am 1. März hier ein, um an einer von der hiesigen Mitgliedschaft anberaumten allgemeinen Buchdrucker- und Verlagsversammlung teilzunehmen. Der geräumige Saal des Gasthofs „Zum Dreikönig“ war vollbesetzt. Kollege Sauber (Ravensburg) bewillkommnete die auswärtigen Kollegen in herzlichen Worten, ganz besonders auch den Kollegen Klein (Stuttgart), der das Referat in der Versammlung übernommen hatte, und gab seiner Freude über den unerwartet großen Besuch beredten Ausdruck. Nach der üblichen Ehrung der in letzter Zeit verstorbenen Kollegen Pfleger (Ravensburg), Maler (Saulgau) und Zoshani (Tettnang) ergriff unser Gaukassierer Klein das Wort zu seinem Referat: „Aktuelle Tagesfragen“. In seinem Vortrage behandelte der Redner sämtliche unter Gewerbe gegenwärtig bewegenden Fragen in meisterhafter Weise und erteilte am Schluß seiner Ausführungen begeisterter Beifall. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt, weshalb der Vorsitzende die Gelegenheit wahrnahm, im Namen der ganzen Versammlung dem Referenten den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Unter „Verschiedenem“ erfolgte vom Kollegen Zeller (Biberach) eine Einladung zum Johannisfest im Jahre 1915, gleichzeitig aber auch eine solche vom Kollegen Arnold (Saulgau). Da letzterer Ortsverein zugleich das sechsjährige Stiftungsfest mitfeiern will, wird beschloffen, das Johannisfest 1915 in Saulgau, dasjenige 1916 in Biberach abzuhalten. Beschlossen wurde ferner die Gründung eines Bezirksvereins OberSchwaben; zu den Vorarbeiten wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Vertrauensmann jeder einzelnen Mitgliedschaft. Nach Besprechung verschiedener anderer Angelegenheiten erreichte nach einem begeisterten angenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung ihr Ende. — Bei musikalischer Unterhaltung blieben die Kollegen nach gemeinsamen Mittagessen noch einige Stunden in gemüthlicher Weise beisammen. Zu wünschen ist nur noch, daß der beschlossene Bezirksverein bald definitiv konstituiert wird, und daß sich ihm alle interessierten Mitgliedschaften anschließen zu Ruh und Frommen unfres folgen Organisation.

**Sell (Bayern).** Die am 1. März hier abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich keines guten Besuchs zu erfreuen. Der Vereins- und Kassienbericht ließ einen kleinen Fortschritt erkennen. Die alte Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Beschlossen wurde u. a., das diesjährige Bezirksjohannisfest in Form eines Ausfluges in das Fischelgebirge abzuhalten. Ferner soll am 3. Mai eine gemeinsame Fahrt nach Plauen i. V. unternommen werden

zum Zweck des Besuchs der Versammlung dorselfelt, in der unser Verbandsvorsitzender Döblin (Berlin) referieren wird. Auch soll mit den Kollegen in Rehm bessere Führung genommen werden. Konfakteri wurde mit Freunden, das froh kräftigen Schwemmens und Gruseligmachens vor dem roten Rappen seitens des Gutesbergbundes, trotz lebhaften Samtams mit den „groben“ Leistungen des Bundes und trotzdem die katholische Geistlichkeit um Hilfe angelehrt wurde, kein Verbandskollege umgefallen ist. Die Kollegen konnten auch den Senior des Vereins, Rotationsmaschinenmeister B. Sandler (Sof) begrüßen; zum ersten Male seit seinem schweren Unfall, den er erlitten (er kam mit dem rechten Arm zwischen Farbwalze und Druckzylinder, wodurch der Arm schwer verletzt wurde, was seine Invalidität nach sich zog). Sandler blickt heuer auf eine 38jährige ununterbrochene Verbandsmitgliedschaft zurück. — Der Versammlung voraus ging ein Orthographiepreisschreiben. Die Arbeit wird der Zentralkommission der Korrektoren zur Begutachtung unterbreitet werden.

**Bezirk Wesel.** Am 1. März fand in Gelsen die erste Bezirksversammlung statt. Sie war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Müller (Bocholt) einen Nachruf. Sodann begrüßte der Vorsitzende den als Gast anwesenden Vorsitzenden der Maschinenlehervereinigung des Gaus Müller (Werden). Nunnmehr trat man in die Tagesordnung ein. Der Vorsitzende erläuterte die vom 1. April ab aufzunehmende Abergangskassifik. Zum Kassienberichte, der gedruckt vorlag, teilte der Kassierer mit, daß die Kollegen Köhl und Schümann wegen Resten ausgeschlossen seien. Einstimmig wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorberkonferenz gab Jodann Kollege Lehmann. Dem nunmehr folgenden Jahresbericht ist zu entnehmen, daß nur dort, wo es dem Verbands noch nicht möglich war, festen Fuß zu fassen, unzufällige und schlechte Verhältnisse herrschen. Es kommen die Orte Rees, Xanten und Bocholt in Frage. Ein Antrag auf „Zuschuß zu den Umzugsbeiträgen des Verbandes“ zum Kauf sowie eine Anfrage an diesen betriffs „Anfragen für die Sterbeunterstützungen des Gaus“ fanden einstimmige Annahme. Nachdem dann noch sechs Kollegen als Gausgastandidaten aufgestellt worden waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Bezirk Wesel. (Maschinenlehervereinigung.)** Am 1. März fand in Gelsen unsere erste diesjährige Versammlung statt. Vor der Versammlung wurde im Betriebe Schaffstraß die neu aufgestellte Linotype Junior besichtigt. Dem Herrn Schaffstraß sei auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen. Die Versammlung war gut besucht. Nachdem der Vorsitzende den Vorsitzenden der Gauvereinsigung Müller (Werden) sowie den Bezirksvorsitzenden Lehmann begrüßt hatte, trat man in die Tagesordnung ein. Wegen Resten wurde ein Kollege ausgeschlossen. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Sehmachinen im Bezirk auf 18 erhöhte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Sodann wurde der alte Vorstand per Akklamation wiedergewählt. (S. Nippen als Vorsitzender und A. Lenzig als Kassierer.) Den Bericht von der Quartalsversammlung in Duisburg gab Kollege Hüls. Er wurde vom Kollegen Müller in einigen wichtigen Punkten ergänzt. Kollege Remmen (Kleve) hielt sodann einen interessanten Vortrag (Auszug aus einem Vortrage des Kollegen Braun): „Der Kampf der Prinzipale gegen die Maschinenlehre“. In dem Vortrage streifte Redner alle wichtigen Vorkommnisse der letzten Zeit. Für seine Ausführungen dankte ihm die Versammlung. Da die Zeit vorgerückt war, konnten nur einige Ausführungen auf der Linotype erklärt werden. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Zittau.** Maschinenmeisterbezirksverein in der Oberlausitz, (Sib Zittau.) Unser Bezirksverein hielt am 1. März in Ebersbach eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung einer Aufnahme wurde das Rundschreiben Nr. 36 unserer Zentralkommission eingehend besprochen. Die Versammlung stimmte für eine bessere Ausgestaltung und öftere Ercheinungsweise der „Technischen Mitteilungen“ bei angemessener Finanzierung. Dem zum Leipziger Maschinenmeistertag gewählten Delegierten, Vorsitzenden Göbe, wurde empfohlen, in diesem Sinne dafür einzutreten. Mit der Tagesordnung zum Maschinenmeistertag erklärte sich die Versammlung einverstanden, bis auf den Punkt Abstimmungsmodus, wozu wir einen Antrag stellen werden. Ferner wurde die Teilnehmerzahl zum Besuche der internationalen Ausstellung Pfingsten 1914 festgestellt und der Vorstand mit der Regelung der Hinfahrt beauftragt. Nach Zurückstellung einiger Tagesordnungspunkte fand die Versammlung ihren Abschluß.

Wir erachten es aber in Würdigung der ganzen Situation nicht für empfehlenswert, das Thema Reichshäuser-Föhl in Artikeln fortzuführen. Sofern indes Mitgliedbesitzer sich veranlaßt fühlen, noch Stellung dazu zu nehmen, wird demnach eine überblickliche Zusammenfassung darüber gegeben werden. Die bereits vorliegenden Erklärungen oder Versammlungsberichte finden zu diesem Zweck Zurückstellung. Von der Einblendung besonderer Artikel möge jedoch Abstand genommen werden.

**Anmeldungstermin zur Gehilfenprüfung in München.** Am 25. und 26. April findet in der Buchdruckerfachschule zu München, Prandlstraße 2, die nächste Buchdrucker-Gehilfenprüfung statt. Anmeldungen sind umgehend zu richten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Herrn S. B. Grabl, Buchdruckermeister München, Geschäftsstelle: Goethestraße 12 I r., von wo auch die vorgeschriebenen Anmeldeformulare zu beziehen sind.

**Meisterprüfungen.** Vor der zuständigen Prüfungskommission legten die Kollegen Jakob Rehm in Geislingen-Altenstadt, Karl Fr. Müller in Straburg i. El., Paul Welz aus Hamm (Westfalen) und Gustav Blohe in Warmbrunn die Meisterprüfung ab.

**Reichsdruckerei und Reichstag.** Im deutschen Reichstage fand am 6. März der Etat der Reichsdruckerei zur Diskussion. Als erster Redner brachte der Zentrumsabgeordnete Irl mancherlei Bedenken gegen eine geplante baufällige Erweiterung der Reichsdruckerei vor. Er gab der Befürchtung Ausdruck, daß je mehr Maschinen in der Reichsdruckerei arbeiten, um so mehr Aufträge der Privatindustrie entzogen würden. Das sei aber nicht zu wünschen. Die Reichsdruckerei sollte nur so viel Aufträge von Behörden annehmen, als unbedingt erforderlich sind, um die Maschinen auszunutzen; Privataufträge sollte sie überhaupt nicht übernehmen. Die gleichen Bedenken, nur noch etwas übertrieben, äußerte der nationalliberale Dr. Böttger. Er erblickte in jeder Ausdehnung der Reichsdruckerei eine Gefahr für das deutsche Buchdruckgewerbe, das jetzt schon schwer unter einer Konkurrenz der Reichsdruckerei zu leiden habe. Besonders drückend sei diese Konkurrenz, weil die Reichsdruckerei keine Abgaben und Steuern zahle. Sie sollte nur Aufträge geheimen Charakters und den Druck geldwerter Zeichen ausführen. Daß mit diesen Ausführungen der nationalliberale Redner den Privatdruckereien einen schlechten Dienst erwiesen hat, indem diese dadurch als weniger vertrauenswürdig denn die Reichsdruckerei hingestellt werden, scheint er ganz übersehen zu haben. Wir aber fühlen uns verpflichtet, entschieden gegen eine solche indirekte Verdächtigung des Vertrauensbruchs, soweit sie sich auf die buchgewerbliche Arbeiterschaft in Privatdruckereien beziehen könnte, zu protestieren. Abgesehen von äußerst selten vorkommenden verwerflichen Ausnahmen, von denen bekanntlich auch die Reichsdruckerei nicht ganz sicher ist — wir erinnern nur an die ungeheuren Tausendmarktscheinenunterstellungen des ehemaligen Oberfaktors Grünthal in der Reichsdruckerei — gilt es für jeden Buchdrucker, sei er nun in Privat- oder Staatsbetrieben beschäftigt, als höchste berufliche Ehrenpflicht, das, was er setzt oder druckt, als strengstes Geschäftsgeheimnis zu bewahren. Ein geradezu klassisches Beispiel dieser Art haben wir erst in den letzten Wochen bei der Herausgabe der Föhl'schen Broschüre in Leipzig erlebt. Denn obgleich der Inhalt dieser Broschüre eine der böswilligsten Verleumdungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker darstellt, wie ähnliches in der ganzen, bald 50jährigen Geschichte unseres Verbandes überhaupt noch nicht zu verzeichnen war, wurde der Inhalt dieser Broschüre doch erst bekannt, als sie bereits der Öffentlichkeit übergeben war. Sah sowohl wie Druck wurden aber von Mitgliedern unserer eignen Organisation ausgeführt. Wir haben demnach die größte Berechtigung, den diesbezüglichen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Böttger zu widersprechen, um so mehr, als wir schon vor mehreren Wochen in Nr. 16 des „Korr.“ in gleicher Weise gegen eine ähnliche Inkonsequenz in der diesbezüglichen Eingabe des Deutschen Buchdruckervereins öffentlich protestiert haben. Wie wenig berechtigt übrigens die Sorge der Vertreter des Zentrums wie auch der nationalliberalen Partei über eine etwaige Zurückdrängung der Privatbuchdruckereien durch die Reichsdruckerei ist, ging im weiteren Verlaufe der Debatte im Reichstag aus den Ausführungen des Staatssekretärs Kräfte hervor. Dieser stellte fest, daß im Jahre 1904 die Privataufträge der Reichsdruckerei 2,2 Proz. ihrer Gesamtproduktion ausmachten, im Jahre 1912 aber nur noch 1,8 Proz.; außerdem sind durch die Postverwaltung im Jahre 1912 den Privatdruckereien Aufträge für 2 1/2 Millionen Mark zugute gekommen. In diesem Zusammenhang hatten denn auch die späteren Darlegungen des sozialdemokratischen Vertreters, Richard Fischer, weit mehr Logik und Berechtigung. Er stimmte der geplanten Erweiterung der Reichsdruckerei zu, weil dadurch auch den sonstigen Bedürfnissen der Arbeiter mehr Rechnung getragen werden könne. Er verlangte im weitern aber auch, daß endlich mit dem alten passiven Widerstande der Reichsbetriebe gegen die Tarifverträge gebrochen werden sollte. Er forderte endlich offizielle Anerkennung der Buchdruckerorganisation und des Buchdruckerarbeits. Für eine Erweiterung der alten Reichsdruckerei trat auch der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, der Abgeordnete Kiel, ein, weil eine Lokalbeschäftigung ihn davon überzeugt habe, daß die Räume derart überfüllt sind, wie sie in Privatbetrieben die Gewerbeinspektion kaum durchgehen lassen würde. Hierauf wurde der Etat der Reichsdruckerei entsprechend der Vorlage gutgeheißen.

**Meister und keine Werkmeister.** Ein Meister und Interfaktor einer Buchdruckerei in Jech trat nach mehrjährigem Arbeitsverhältnisse mit achtjähriger Kündigung aus

dem betreffenden Betrieb aus. Die Firma betrachtete ihn jedoch auf einmal als Werkmeister und strengte gegen ihn wegen angeblichen Kontraktbruchs eine Klage vor dem zuständigen Tarifsenatsgericht an. Diese Instanz erklärte sich jedoch mit Stimmengleichheit als unzufriedig, weil die Firma sich auf den Standpunkt stellte, der Meister sei nicht Gehilfe im Sinne des Tarifs. Das Tarifamt erklärte sich gleichfalls als unzufriedig, da sich eidliche Zeugenvernehmungen als nötig erwiesen. Als hierauf endlich das Gewerbegericht zu einem zweiten Termine zusammentrat, berechnete der Vorsitzende des Gerichts das Jahreseinkommen des Beklagten auf über 200 Mk., wodurch das Gewerbegericht nach § 3 (Absatz 2) des Gewerbegesetzes ebenfalls als unzufriedig Instanz auszuscheiden gehabt hätte. Da sich jedoch bei einer Nachrechnung dieser Lohnberechnung ein Fehler herausstellte, so kam eine dritte Verhandlung vor dem Gewerbegericht zustande: Es wurde sodann zunächst festgestellt, ob der Beklagte Werkmeister oder Gehilfe gewesen sei. Die Zeugen sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß der Beklagte lediglich Meistearbeit, also Gehilfenarbeit, verrichtet habe; auch als Vorgehelfer ist er von ihnen nicht betrachtet worden. In der Aussprache der Prozeßpartei legte die Firma jedoch großen Nachdruck auf folgende Punkte: Der Beklagte sei als Interfaktor (Werkmeister) engagiert. Er habe einen Brief an den Faktor unterschrieben: „Mit kollegialem Gruß!“, woraus hervorgehe, daß er eine dem Faktor gleichstehende Stellung annahm! Weiter habe er Anordnungen zu treffen und Aufsicht zu üben gehabt. Der Vertreter des Beklagten widerlegte diese Argumentationen mit Leichtigkeit; insbesondere hob er hervor, daß die Firma den Beklagten selbst nicht als Werkmeister betrachtet habe, sonst hätte sie ihn zur Angestelltenversicherung angemeldet, was aber nicht geschehen sei. Den „kollegialen Gruß“ erwiderte er damit, daß dies in Buchdruckerkreisen üblich sei, und außerdem in diesem Falle zwei Verbandsmitglieder in Frage kämen. Das Gericht beurteilte den Fall nach der Tätigkeit und der Art der Beschäftigung des Beklagten. Es sei festgestellt, daß er lediglich Gehilfenarbeit verrichtete; etwaige Aufsicht oder Anordnungen waren nur ganz minimal und fallen nicht ins Gewicht. Es sei auch gar nicht gesagt, daß alle Faktoren Werkmeister sein müßten; das käme ganz auf die Beschäftigung an. In größeren oder kleineren Betrieben seien Faktoren mehr oder weniger Werkmeister. In diesem Falle sei der Beklagte ja auch als Meister engagiert worden. Das Gericht konnte sich deshalb den Anschuldigungen der Firma nicht anschließen und wies ihre Klage ab. Daran anschließend wurde dagegen dem Beklagten auf eingereichte Widerklage der bisher vorenthaltene Wochenlohn für die Kündigungsfrist ausprochen.

**Schwere Brandkatastrophe.** In der lithographischen Anstalt und Buntpapierfabrik von Gebr. Weigandt in Bausen legte am 10. März ein Großfeuer in der Nacht ein großes Fabrikgebäude in Asche. Unter den Brandtrümmern wurden die verkohlten Leichen von fünf Personen aufgefunden; eine sechste Person wird noch vermißt.

**Metallold statt Papiergeld bei der Lohnzahlung.** Im Anschluß an eine Erörterung der Schädigungen, die für den Arbeiter durch die Auszahlung des Lohnes in Papiergeld in Lohnlisten entstehen können, die auch von uns im „Korr.“ in Nr. 26 auf Grund einer Bekanntmachung des Reichsschatzamt besprochen wurden, hat sich zwischen dem Berliner „Vorwärts“ und einigen andern größeren Tageszeitungen eine Auseinandersetzung ergeben, die vom „Vorwärts“ als eine „Irrführung der Arbeiter“ bezeichnet wird. Die dem „Vorwärts“ opponierenden Blätter behaupten nämlich, es sei falsch, davon zu reden, daß der Arbeiter ein gesetzliches Recht geltend machen könne, wonach ihm sein Lohn in kursfähigem Metallold statt in Papiergeld zu zahlen sei. Demgegenüber bezeichnet es jedoch der „Vorwärts“ nach wie vor als gesetzlich unzulässig und sogar als strafbar, den Arbeitslohn statt mit barem Metallold in Papierfurogaten auszugeben. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei beruft sich auf folgende Gesetzesbestimmungen und deren Kommentierung: Nach § 115 der Gewerbeordnung sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, „die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszugeben“. In weiteren Paragraphen, insbesondere in den §§ 116, 117, heißt die Gewerbeordnung vor: „Arbeiter, deren Forderungen in einer dem § 115 widerlaufenden Weise berichtigt worden sind, können zu jeder Zeit Zahlung nach Maßgabe des § 115 verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegenzusetzen kann.“ Über die Auslegung des § 115 bestehen nun drei Ansichten. Die eine geht dahin, daß unter „bar“ eine Zahlung in Metallold zu verstehen ist. Diese Ansicht wird auch von dem hervorragenden Kommentator der Gewerbeordnung, Landmann, vertreten. Danach ist eine Zahlung in Papiergeld (Banknoten oder Reichskassenscheine) unzulässig. Eine zweite Meinung will auch Reichsbanknoten (nicht Noten der Privatbanken oder Reichskassenscheine) als Zahlungsmittel zulassen, weil die Novelle zum Reichsbankgesetz vom 1. Juni 1909 den Reichsbanknoten (20, 50, 100, 1000 Mark-Scheine) die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels beigelegt hat. Diese Ansicht ist für den Arbeiter ungefährlich. Anders steht es mit der dritten, von der Arbeiterpresse verbreiteten Auslegung des § 115 der Gewerbeordnung. Sie meint, auch in Noten von Privatbanken oder in Reichskassenscheinen dürfe der Arbeitgeber zahlen. Diese total irrige und dem Gesetze widersprechende Interpretation suchte der Handelsminister in einem im März v. J. offiziös veröffentlichten Gutachten zu unterstücken. Er berief sich auf eine Entscheidung des Obertribunals vom 2. Juni 1874 und eine Reichsgerichtsentcheidung vom 27. März 1888. Beide Entscheidungen belegen aber das direkte Gegenteil. Sie legen dar, daß auch der

oooooooo Rundschau ooooooooo

**Zu Reghäusers „Vermächtnis“.** Am Schlusse des Artikels in Nr. 27 über die Föhl'sche Broschüre sagten wir, eingehendere Stellungnahmen dazu seien nicht erwünscht; kurz und bündig und ganz unzweideutig solle vielmehr das Urteil der Kollegenschaft zum Ausdruck kommen. Wenn nun trotzdem eine ganze Anzahl von Artikeln eingegangen ist, die überwiegend in geradezu klassischer Eindeutigkeit über Verfasser wie Verbreiter urteilen — manche sogar schon vor Ercheinen der so allgemein gewünschten Aufklärung von Verbandsvorsitzend und Redaktion —, so ist das ja begrüßenswert und zeugt in Gemeinschaft mit den zumstimmenden Schreiben an Verbandsleitung und Redaktion von einem derart gefunden Empfinden, daß die Verbandschädiger und -gegner nicht auf ihre Kosten kommen werden.



beste Wechsel keine Bezahlung sei, weil er dem „Inhaber nur einen Anspruch auf Zahlung der Wechselsumme gewährt, einen Anspruch, zu dessen Realisierung es erst einer Rechtsabhandlung bedarf, er stellt also diese Summe nicht in sich oder unmittelbar dar“. Daselbe trifft auf Reichsscheine (5 und 10 Mark-Scheine) zu. Sie sind kein Bargeld, sondern Anweisungen auf Geld. Die Reichskasse ist verpflichtet, die Scheine für Rechnung des Reichs auf Erfordern gegen bares Geld einzulösen. Der neuere Kommentar zur Gewerbeordnung vom Senatspräsidenten Dr. Georg Lindenberg führt dementsprechend mit Recht aus: „daß mit Zustimmung des Arbeiters auch in andern Geldsurrogaten, z. B. Reichsscheinen, gegahlt werden kann, läßt sich nach dem Wortlaute des § 115 nicht rechtfertigen“.

**Unberechtigter Schadenersatzforderung wegen Arbeitsunterbrechung.** Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde kürzlich über Differenzen zwischen einer Buchdruckerleistung und dem Buchbinderpersonal verhandelt, und zwar in der Hauptsache wegen einer Schadenersatzforderung der Firma auf folgender Grundlage: Wegen der Entlassung eines Arbeiters in der Buchbinderabteilung war das Personal dieser Abteilung entschlossen, sofortige Gegenmaßnahmen zu treffen. In der Mittagspause hielt das Personal eine Versammlung ab, um dazu Stellung zu nehmen. Gleichzeitig verhandelte die Geschäftsleitung mit dem Vertrauensmann. Die Streiffrage wurde geregelt und dem Personal die Bedingung gestellt, bis spätestens 2 1/2 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Weil aber die Firma erst gegen 2 Uhr die Betriebsleistung gerufen hatte, war die Betriebsversammlung bis dahin noch nicht zu Ende. Erst kurz vor 3 Uhr erschien das Personal zur Arbeit, wurde jetzt aber nicht von der Firma ausgelassen. Die erneuten Verhandlungen führten endlich dazu, daß um 5 Uhr der Betrieb fortgesetzt werden konnte. Sofort erhoben sich die Arbeiter der Buchbinderei, freiwillig und unentgeltlich Überstunden zu machen, um die Zeitersparnis auszugleichen und Schäden zu verhüten. Die Überstunden wurden auch prompt geleistet. Dennoch fordert die Firma Schadenersatz, der ihr dadurch erwachsen sei, daß die Sendungen nach außerhalb durch beschleunigtes Eilgut befördert werden mußten. Der Klagenanspruch beträgt 102 Mk. Dieser Betrag wurde sich auf 67 Personen verteilen. Durch den Sachmeister wurde behauptet, daß am fraglichen Tage die Expedition sich um etwa zwei Stunden verzögerte infolge verspäteter Lieferung aus der Buchbinderei. Vor dem Tarifschlichter wurde der Schadenersatzanspruch mit Stimmgleichheit abgelehnt. Das Gericht kam zur Klagenabweisung mit der Begründung: Wenn die Beklagten nicht verhindert worden wären, um 3 Uhr ihre Arbeit aufzunehmen, dann wäre der Schaden nicht entstanden.

**Neuer Ärztekodex?** Am 8. März fand in Berlin eine Sitzung des Ausschusses des Leipziger Ärzteverbandes statt, in der lebhaft darüber Klage geführt wurde, daß viele Krankenhäuser sich weigern, den abgeschlossenen Einigungsvertrag in allen Teilen einzuhalten. Insbesondere findet § 11 des Vertrags, der die Abfindung der „Vorbesitzer“ in Breslau, Elbing usw. vorsieht, größten Widerstand. Die nächsten Tage müssen, so wurde in der Sitzung betont, die Entscheidung bringen, ob die ärztlichen Organisationen an dem Berliner Abkommen festhalten oder die Erneuerung des allgemeinen Kampfes proklamieren werden. Dieses unentwegte Festhalten der Ärzteorganisation an ihrer Kampfstellung gegen die arbeitswilligen „Vorbesitzer“ trägt hoffentlich dazu bei, daß in den Kreisen aller akademisch Gebildeten mehr und mehr jede Sympathie auch für die „staatsverfallenden Elemente“ in der Arbeiterschaft schwindet. Die wichtigsten Grundlagen für die Beziehungen der verschiedenen Stände zueinander könnten dadurch nur auf eine höhere und der menschlichen Kultur mehr zur Ehre gereichenden Stufe gebracht werden.

**Konzentration der Unternehmerorganisationen im Auslande.** Die rasch wachsende Macht der amerikanischen Gewerkschaften bewirkt natürlich auch, daß das Unternehmertum sich immer mehr zusammenschließt. In fast allen Industrien gibt es schon besondere und sehr starke Organisationen zur Vertretung der Unternehmerinteressen. Zu ihnen ist jedoch ein besonderer Verband der Möbel-Labfabrikanten getreten. Nach dem Muster der europäischen Scharmachenerverbände erhebt er einen ziemlich hohen Beitrag, der sich nach den ausgezahlten Lohnsummen richtet. Die Zentralisation geht sogar so weit, daß der Verbandsvorstand das Recht hat, im Bedarfsfalle auch die verfügbaren Mittel der einzelnen Sektionen zu requisitieren. Hauptzweck ist die Organisation „gegen ungerechte Arbeiterforderungen“ wenden und den „open-shop“ durchsetzen. — Auch in Großbritannien schreitet die Organisation der Unternehmer mit Riesenschritten vorwärts. Nachdem erst vor kurzem eine Konferenz von Unternehmerorganisationen allen Erstes die Schaffung eines Fonds von einer Milliarde zur Bekämpfung der Gewerkschaften beraten hat, fand kürzlich wieder eine ähnliche Zusammenkunft in London statt. Natürlich kamen wieder die alten Klagen über den Terrorismus der Gewerkschaften. Man verlangte geschicktes Verbot der Streikposten wie überhaupt aller Verbindungen, welche die Desorganisation des Gewerbes oder der Gesellschaft zum Ziele haben, ferner Haftbarmachung der Gewerkschaften für die Handlungen ihrer Mitglieder usw. Es verhielt sich am Rande, daß Murphy, der Tyrann von Dublin, bei den Verhandlungen eine große Rolle spielte. Er und andre Scharmacher propagierten eifrig den Plan einer allgemeinen Ausperrung als Antwort auf jeden allgemeinen Streik. — Nach einer interessanten Übersicht der „Gewerkschaft“, des Zentralorgans der österreichischen Gewerkschaften, sind die österreichischen Arbeitgeberorganisationen in der Hauptsache in zwei Zentren

zusammengeschlossen: die „Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen“, welche vornehmlich die großen und mittleren Industrieunternehmen repräsentiert, mit 4203 angeschlossenen Firmen und 902.500 beschäftigten Arbeitern, und die „Zentralorganisation der gewerblichen Arbeitgeberverbände“, als die Vertreterin der kleineren und mehr handwerksmäßigen Betriebe. Die Mitglieder der letzteren Zentrale beschäftigen rund 47.000 Arbeiter, so daß insgesamt 950.000 Arbeiter unter dem Einfluß von nur zwei Arbeitgeberzentralen stehen. Demgegenüber ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht nur bedeutend geringer, sondern diese haben sich abendeln noch in nationale, christliche und andre Sondergewerkschaften abspalten lassen. Der Gewerkschaftskommission Österreichs, die als Landeszentrale der österreichischen Gewerkschaften dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, gehörten Ende 1913 noch nicht eine halbe Million Mitglieder an. Erst wenn die Arbeiter sich nach dem Beispiele der Unternehmer ohne Rücksicht auf Nationalität, Konfession usw. der Organisation ihrer eignen Klasse anschließen, werden sie in der Lage sein, den heftigsten Unternehmern gleich starke Kräfte entgegenzustellen.

### Verschiedene Eingänge.

**„Typographische Mitteilungen.“** Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Heft 3, 1914. Elfter Jahrgang. Dieses Heft ist zum Teil der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 gewidmet und enthält einen größeren, mit vielen Illustrationen ausgestatteten informierenden Artikel über diese vielverheißende Veranstaltung. Aus dem übrigen Inhalt erwähnen wir die lehrreichen Aufsätze: Sprachwissenschaft, Sprachgebrauch und Sprachrichtigkeit, Falsche Worttrennungen, Mattkunsdruck und Doppeltonfarbe, Die maschinelle Papierfabrikation, Kalkulationswesen, Druckberechnung sowie verschiedene andre fachtechnische Aufsätze und Informationen. — Die „Typographischen Mitteilungen“ erscheinen am 1. jeden Monats. Das Abonnement kann mit jedem Quartale beginnen. Der Postabonnementspreis beträgt pro Quartal 60 Pf. Bei direkter Zufstellung unter Streifenband pro Jahr 4 Mk., Einzelheft 30 Pf. Alle Zuschriften und Sendungen für die Schriftleitung sind an Bruno Dreher, Leipzig, Löbner Straße 19, dagegen sind alle die Verwaltung und den Verlag der Fachschrift betreffenden Zuschriften und Sendungen an die Verlagsstelle Leipzig-Schillerstr. 20, zu senden.

**„Die Neue Zeit.“** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von S. F. W. Dieb Nachf. in Stuttgart. Heft 23, 32. Jahrgang. Erster Band. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

**„Soziale Gedichte.“** Zusammengeheftet und eingeleitet von Werner C. Thormann. Heft 16/17 der Studentensbibliothek. Herausgegeben von Sekretariat sozialer Studentenvereine, M. Gladbach, Nr. 8 (114), M. Gladbach 1914, Volksvereinsverlag G. m. b. H. 80 Pf.

### Gestorben.

- In Chemnitz am 8. März der Seher Emil Thiele, 48 Jahre alt — Darmkrebs.
- In Emden am 5. März der Seher Claas Julifs, 52 Jahre alt.
- In Frankfurt a. M. am 7. März der Seherinvalide Heinrich Müller von dort, 43 Jahre alt.
- In Hannover am 6. März der Korrektor Konrad Wiele.
- In Sena am 28. Februar der Buchdruckermeister Hermann Bühr aus Gera, 69 Jahre alt.
- In Kolmar i. El. am 4. März der Seher Jean Sundt sen., 52 Jahre alt.
- In Landshut a. Jar am 6. März der Seher Hans Blum von dort, 27 Jahre alt.
- In Lüdenscheid am 9. März der Seher Hugo Keitner von dort, 58 Jahre alt.

### Briefkasten.

**K. B. in R.:** Ihre ganze Auffassung steht mit dem § 10 (Abs. 2) des Tarifs in Widerspruch. Dementsprechend verurteilen wir alle ähnlichen Fälle, wenn wir davon Kenntnis erhalten. Im übrigen scheinen Sie ganz zu übersehen, daß wir Buchdruckerinteressen zu vertreten haben, und zwar auch im Gegensatz zu Sportvereinsbestrebungen, wenn es sein muß. Das, was Sie verlangen, ist Sympenneutralität im wahren Sinne des Wortes, deren Vertretung gerade Ihren Kronzeugen auf Abwege führe. — **B. L. in St.:** Wir erkennen Ihren Eifer gern an. Damit allein macht man aber noch keinen brauchbaren Artikel für den „Korr.“. Wir bitten Sie, in Ihren Arbeiten mehr bei der Sache zu bleiben und nicht wie in dem eingelangten Artikel, der mitunter ganz gute Stellen enthält, alles durcheinanderzuwerfen. Nehmen Sie sich doch den Aufschuß des Kollegen und Arbeiterkollektors Zwing in Nr. 29 zum Muster. Wie Ihr Artikel jetzt ist, können wir ihn nicht verwenden. — **K. M. in M.:** Ihr Wunsch, demnach in einem Artikel wieder einmal des Geistes System zu beleuchten, wird demnach in Erfüllung gehen, da eine solche infruktive Abhandlung sich schon in Vorbereitung findet. Erst müssen jedoch die in Angriff genommenen Arbeiten sowie ein sehr dringlicher größerer Artikel erledigt sein. Abgesehen hat der „Korr.“ Schilderungen des Geistes Systems schon mehrfach gebracht. Aber es sollen nun die neuern Erfahrungen berücksichtigt werden. — **M. P. in M.:** Würden darüber nicht unferntlich. Leider ist die Information der Redaktion über Buchdruckerangelegenheiten allgemeinen Charakters aus fast allen Orten sehr gering. Diesem mandant recht empfundenen Mangel haben wir durch ein Abonnement bei einem Ausschreibebureau, wie speziell bei der Fachpresse längst eingeführt, vor einigen Jahren

abzuhelfen versucht. Aber eine wirklich umfassende Orientierung ist auch dadurch nicht möglich, so daß es Sache der Vorstände sein sollte, der Redaktion wichtig erscheinende Begebenheiten oder Zeitungsnotizen immer schnellstens zu übermitteln. Selbstverständlich behalten wir uns eine auszugswise Behandlung nach Maßgabe des Allgemeininteresses vor. Aber so, wie bislang, daß man denkt: „Die Redaktion erfährt es ja doch“, und wir bleiben dennoch in Unkenntnis, weil wir nur wenig unterrichtet werden, kann es nicht weitergehen. Meistens sind es sogenannte gewöhnliche Mitglieder, die uns in dieser Beziehung unferntlich sind und damit auch dem Verbandsinteresse dienen. Wir sind dafür gewiß dankbar, aber die Vorstände müssen es sich zur Pflicht machen, ein bestimmtes Mitglied mit den Informationen an die Redaktion zu betrauen. Es handelt sich dabei doch nur um gelegentliche Zuforderungen oder kurze Mitteilungen über Vorkommnisse außerhalb der Verbandsangelegenheiten. — **M. in K.:** Danken für Übermittlung. Es handelt sich um einen blinderlichen Wackel. — **Th. Sch. in M.:** Werden Einsetzung verwenden; ob in der gewünschten Form, darüber müssen wir uns erst noch entscheiden. — **O. Dr. in Ch.:** Eingang wird dankend befragt. — **Stichschuß:** Jakob Krämers Zirkular zur Arbeitsfeier für unser „Felder“ am 14. März ist wieder ein Dokument für die im Gutesbergbunde herrschende Krähwinkel. Um dem von Köln entlassenden „Monteur Felder“ auch „unsre Liebe und Achtung“ zu bezeugen, könnte eigentlich der Kölnner Ortsverein des Verbandes ein überiges tun. Vielleicht ist inzwischen schon Bestimmung getroffen, um den Abend zu einem weltgeschichtlichen Ereignis werden zu lassen. — **S. Kr. in St.:** Ihrem Wunsche wurde inzwischen Rechnung getragen. — **C. G. in U.:** Wie vorstehend. — **O. B. in S.:** Nein, nein, das Sprichlein um Schlüsse wollen wir denn doch auf den Sander legen. Ihr Rat, dem Koffiste mehr Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, ist gut gemeint; es dürfte aber bei unsern Unentwegten schweren Unwillen erregen, wenn von der Redaktion danach gehandelt werden würde. Da muß die freieste Demokratie so lange herhalten, bis es einmal gegen den eignen Strich geht, dann ist es eben etwas anders. Sie sehen also, die Redaktion ist immer der Puffer. Selbstverständlich werden wir uns in einem künftigen Falle für das kleinere Übel entscheiden und lieber den hellen Jörn gewisser Versammlungsgüter in Kauf nehmen. — **Deutscher Literaturverlag in Dresden:** Ein derartiger Sonderabdruck ist bei uns nicht erschienen. — **Ch. 26:** Über Anstalten und Bureaus der erwähnten Art gehen die Urteile stark auseinander. — **M. G. in Chemnitz:** 2,45 Mk. — **M. G. in Lüdenscheid:** 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chantillyplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

### Adressenveränderungen.

**Neu a. Ab. Kassierer:** Jakob Duos, Kapitelstr. 12 II. Tübingen. (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Friedrich Hipp, Weberstraße 10; Kassierer: Karl Reichke, Beihlestraße 24.

### Zur Aufnahme gemeldet

- (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Frankfurt-Hessen der Seher Johann Herrborn, geb. in Montabaur 1891, ausgel. da. 1909; war noch nicht Mitglied. — C. Domine in Frankfurt a. M., Wielandstraße 2 III.
- Im Gau Nordwest der Seher Joseph Frieß, geb. in München 1895, ausgel. da. 1913; war schon Mitglied. — S. Pfeika in Bremen, Hardenbergstraße 52.
- Im Gau Oberland-Thüringen der Schweizerdegen Friedrich Schiebel, geb. in Königsee 1894, ausgel. da. 1912; war noch nicht Mitglied. — Emil Prox in Weimar, Laifenstraße 44 III.
- Im Gau Schellen der Seher Karl Gluche, geb. in Breslau 1892, ausgel. da. 1911; war schon Mitglied. — Karl Fiedler in Breslau, Kupferhammerstraße 7.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Die verehrlichen Reichsverbandswalter werden gebeten, den auf der Reife befindlichen Seher Rudolf Schmalholz (Hauptbuchnummer 69083) Quittungsbuch und Reiselegitimation abzugeben und beides der Hauptverwaltung einzusenden. Zu gleicher Zeit ist eine Adresse anzugeben, an die das Buch zurückgeschickt werden kann.

**Gulda.** Das Blattum (auch für Nichtbezugsberechtigte und Ausgeteuerete) wird von jetzt an durch den Verwalter Otto Jacob abends von 5 1/4 bis 6 1/4 Uhr ausgegibt.

### Versammlungskalender.

- Annaberg-Buchholz, Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsenkeller“ in Buchholz, Markt-bader Straße.
- Aue i. Grage, Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 1/2 Uhr, im „Mollschlößchen“.
- Beroun (Mühlb.), Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Bewaldschlößchen“.
- Bienitzsch (Bär), Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bär“.
- Bogum, Bezirksversammlung Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Hofmeier, in Bogum, Hermannsöhle. Anträge bis 20. März an den Vorsitzenden.
- Düßeldorf, Korrekturenversammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 11 Uhr, im „Karl-Löwer Hof“, Karlsplatz.
- Eberswalde, Versammlung heute Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Aehrenshale“.
- Gelsenkirchen, Versammlung Sonntag, den 15. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Ecke Kaiser- und Victoriastraße.
- Gera, Außerordentliche Maschinenmeisterbezirksgeneralversammlung Mittwoch, den 18. März, in der „Goldenen Krone“.

